Sonnabend, 20. April 1929
11. Jahrg. Nummer 91

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die achtgespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzstraße Nr. 50. Tel. 560 30. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzstraße 50, Tel. 280 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 20, Tel. 4085; Oppeln, Wallstraße 11, Tel. 1264; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2354. Geschäftsstelle: von 9—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peuvag"-Berlin, Fil. Breslau, Kreuzstraße Nr. 50.

Reparationskonferenz gescheitert!

Schachts Angebot abgelehnt

Paris, 18. April.

Havas berichtet: In Verfolg der heute nachmittag von dem Unterausschuß Revelstoke abgehaltenen Sitzung wird offiziell bekanntgegeben, daß die deutsche Delegation sich geweigert hat, den von ihr gestern gemachten Vorschlag, während 37 Jahren 1650 Millionen Mark zu zahlen, zu erhöhen. Infolgedessen werden die deutschen Delegierten nicht mehr an den Arbeiten der Reparationskonferenz teilnehmen. Die Vertreter der Gläubigermächte haben eine Sitzung abgehalten, um einen Bericht über den Gegenstand ihrer Mission abzufassen. Es wurde festgestellt, daß es unmöglich gewesen ist, sich mit den deutschen Delegierten zu verständigen, um eine Lösung des Reparationsproblems zu finden.

Hingegen verbreitete das Wolff-Büro folgendes Dementi:

Die von der Agentur Havas als angeblich offiziell ausgegebene Meldung über den Verlauf und die Ergebnisse der heutigen Sitzung des Unterausschusses Revelstoke ist völlig irreführend. Die deutschen Delegierten haben erklärt, daß sie nicht in der Lage seien, eine höhere Zahl als die von ihnen angeregte Annuität von sich aus zu befürworten, es sei denn, daß irgendwelche Anregungen gegeben werden könnten, die eine Erhöhung der derzeitigen deutschen Leistungs- und Zahlungsfähigkeit herbeizuführen geeignet seien. Unter diesen Umständen stellte der Unterausschuß fest, daß er nicht zu einer Uebereinstimmung gelangt sei und wird in diesem Sinne der morgigen Vollversammlung berichten, an der voraussichtlich die deutschen Delegierten teilnehmen werden. Darüber, wie weiter verfahren wird und insbesondere, ob und wie ein Bericht ausgearbeitet werden soll, wird die morgige Vollsitzung beschließen.

*

Trotzdem zwischen der Havasmeldung und der Meldung des Wolff-Büros ein Widerspruch besteht und heute, Freitag, noch eine Vollsitzung stattfindet, kann kein Zweifel darüber herrschen, daß die Gläubigerstaaten das deutsche Angebot abgelehnt haben und damit die Reparationskonferenz gescheitert ist. Das Scheitern der Reparationskonferenz überrascht nicht. Die Reparationsfrage ist keine nur finanzielle Frage, sie rollt alle Gegensätze der kapitalistischen Welt auf. Ihre „Lösung" mündet unmittelbar in die Frage des Krieges. Das Pariser Fiasko ist nur der grundsätzliche Ausdruck der unüberwindlichen politischen und ökonomischen kapitalistischen Widersprüche in der Periode der verfallenden Stabilisierung.

Die Reparationsfrage ist die Frage des Preises für den Anschluß der deutschen Bourgeoisie an den Interventionskrieg gegen die russische Arbeiterklasse. Die Pariser Konferenz zeigt, daß die Hoffnungen der deutschen Bourgeoisie auf die Ausnutzung der Gegensätze zwischen den europäischen Gläubigerstaaten und Amerika illusorisch ist und der Druck auf die deutsche Bourgeoisie nicht abnimmt, sondern sich verschärft. Für die deutsche Bourgeoisie gibt es nur einen Weg, das ist der des Anschlusses an die imperialistischen Westmächte um jeden Preis. Die deutsche Bourgeoisie hat diesen Weg längst gewählt und ist entschlossen, ihn zu Ende zu gehen.

Was nun?

Pressestimmen zum Scheitern der Sachverständigenkonferenz

Die „DAZ." behauptet, „daß die Alliierten die Konferenz in brüskter Weise abgebrochen haben, weil sie auf diese Verhandlungen mit den deutschen Wirtschaftlern keinen Wert mehr legten, in denen sie nicht 100 v. H. ihrer Forderungen durchsetzen zu können Aussicht hätten. Sie würden versuchen, auf einer politischen Konferenz die Endlösung der Reparationsfrage zur Sprache zu bringen, auf der sie für sich einen vollen Erfolg erwarten."

Die „Börsenzeitung" schreibt: „daß die Wiederaufrollung der Reparationsfrage in kurzer Zeit werde erfolgen müssen und daß dann den Verhandlungen ein größerer Erfolg beschieden sein werde, weil inzwischen die Entwicklung dafür Zeugnis ablegen werde, daß die heute in Paris „mit Entrüstung" abgelehnten deutschen Forderungen sicherlich noch über das hinausgegangen seien, was für Deutschland als Tributleistung erträglich sei." — Der „Börsenkurier" bespricht eingehend die Folgen des Scheiterns und weist darauf hin, „daß nun der Dawes-Plan in Geltung bleibe. Es bleibe alles, wie es bisher gewesen sei, bis auf die Ueberschreitungen des Dawes-Planes, die wir, uns zugunsten der Gläubiger hätten zuschulden kommen lassen, aber künftighin nicht mehr auf uns nehmen könnten."

Wenn jetzt Deutschland alle ihm aus dem Dawes-Plan zustehenden Rechte endlich wahrnehmen werde, so könne das nur zur Beschleunigung der nächsten Reparationskonferenz beitragen, die hoffentlich das jetzt angebrochene Werk vollenden werde. Der „Vorwärts" ist natürlich vollkommen verdattert. Er setzt sich hauptsächlich mit der tendenziösen französischen Berichterstattung auseinander und verschiebt seine Stellungnahme bis nach der offiziellen Bekanntgabe des Abbruches durch die Vollsitzung am Freitag.

5 Millionen für Kinderspeisung mit Hilfe der SPD. abgelehnt

Dafür 100 Millionen an die Großagrarier — Die Lebensmittel sollen verteuert werden

(Eig. Drahtb.) Berlin, 18. April.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages behandelte am Mittwoch und am Donnerstag den Haushalt für Ernährung und Landwirtschaft. Die Kommunisten hatten den Antrag eingebracht,

5 Millionen für Kinderspeisungen in den Etat einzusetzen.

Zu diesem Antrag sprach für die kommunistische Fraktion Genosse Hörnle, der wirkungsvoll die Notwendigkeit der erhöhten Kinderspeisung begründete. Nach Schluß der Rede des Genossen Hörnle fragte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, der Sozialdemokrat Heimann: „Wünscht sonst noch jemand das Wort?" Da ruft Genosse Stoecker der Sozialdemokratin Frau Wurm zu: „Das Wort hat Frau Abg. Wurm!" Frau Wurm und die übrigen Sozialdemokraten hüllten sich in eisiges Schweigen. Der Sozialdemokrat Heimann ließ abstimmen und das Resultat dieser Abstimmung war:

Der kommunistische Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt.

Folgende Sozialdemokraten scheuten sich nicht, gegen den Antrag zu stimmen, den sie mit als Grundlage für ihren Wahlkampf gegen das Zentrum benutzten: **Breitscheid, Luise Schröder, Hertz, Aufhäuser, Frau Wurm, Schmidt-Köpenick, Heimann, Moses, Stücklen und Seppel-Breslau.** Nach der Abstimmung stimmten die bürgerlichen Abgeordneten ein stürmisches Gelächter an. Mit Recht, denn in dieser Situation mußten sie alle daran denken, wie die Sozialdemokraten im Wahlkampf in allen Städten und Dörfern, auf Plakaten und Möbelwagen ihre Losungen durch die Straßen führten: **„Anstatt Panzerkreuzer — Kinderspeisung!"**

In der gleichen Sitzung des Haushaltsausschusses legte der Koalitionskollege von Hermann Müller, Reichsernährungsminister Dietrich, einen Fünfjahresplan für die Landwirtschaft vor, durch den noch mal **100 Millionen in Jahresraten von rund 20 Millionen verwendet werden, und zwar lediglich als Liebesgaben für die Junker. Bemerkenswert, daß sich bei dieser Gelegenheit Herr Dietrich bei dem Landbundherren von Schiele und von Richthofen entschuldigte, daß er leider nicht mehr tun könne.** Daß es der Regierung lediglich darauf ankommt, den Großagrariern zu helfen, beweist auch die Tatsache, daß alle kommunistischen Anträge zur Beseitigung der Warennot der kleinen Bauern abgelehnt wurden. Der Ernährungsetat der Hermann-Müller-Regierung zeigt noch deutlicher als selbst der Etat des Bürgerblocks, daß die Regierung alles tut, um die Großproduzenten zu unterstützen, damit diese in der Lage sind, die arbeitenden Massen besser auszuwuchern.

Nur geringe Verbesserungen der Wochenhilfe

Sozialdemokraten lassen ihren Antrag fallen.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses vom 17. April wurde der kommunistische Gesetzentwurf zum Schutze der Schwangeren und Wöchnerinnen, Abschnitt Wochenhilfe, weiterberaten. Die wichtigsten Forderungen sind: **Gewährung der Wochenhilfe ohne jede Karrenzzeit, Erhöhung des einmaligen Beitrages zu den Kosten der Entbindung von 10 auf 100 Mark, Wochengeld in Höhe des tatsächlichen Arbeitsverdienstes, jedoch mindestens drei Mark täglich, Anerkennung der Schwangerschaftsbeschwerden als Krankheitsfall, Erhöhung des Stillgeldes von 25 Pf. auf eine Mark täglich für die Dauer von 9 Monaten gegenüber den jetzt bestehenden 12 Wochen.** Die Sozialdemokraten hatten in einem Antrage vom 5. Juli 1928 die Regierung aufgefordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach den Schwangeren, die sechs Wochen vor der Niederkunft keine Beschäftigung ausüben, ein Zuschuß zum Wochengeld bis zur Höhe des Grundlohnes gezahlt werden soll. Zu Beginn der Sitzung lag aber bereits das Kompromiß der Regierungsparteien vor, wonach das Wochengeld nur auf drei Viertel des Grundlohnes erhöht wird, wenn die Schwangere keine Beschäftigung ausübt. Neu aufgenommen wurde eine Bestimmung, daß die Mitgliedschaft während des Bezuges von Wochen- und Schwangerengeld erhalten bleibt. Ferner Anrechnung von 13 Wochen Beitragswochen auf die Invalidenversicherung bei Arbeitsunfähigkeit wegen Schwangerschaft und Wochenbett.

Die kommunistischen Anträge wurden von allen anderen Parteien abgelehnt. Es bleibt also dabei, daß die Arbeiterinnen, die wegen Schwangerschaft aussetzen mußten, nur drei Viertel des Grundlohnes und für Stillgeld nur 25 Pf. erhalten, was nicht einmal ausreicht, um einen Liter Milch zu kaufen.

Die Sozialdemokraten, die erst auf ihrem Frauentag wieder große Versprechungen gemacht haben, ließen ihre minimalen Forderungen fallen.

Litwinow überreicht seine Anträge

Genf, 17. April. Litwinow hat heute mittag in Genf die Anträge der Sowjetdelegation in genau präzisierter Form der Abrüstungskommission überreicht. Sie haben den Zweck, den anderen Delegationen jedes Ausweichen unmöglich zu machen, sie zu einer klaren Stellungnahme zu zwingen und zu verhindern, daß man, wie früher, an Stelle von konkreten Beschlüssen allgemeine Resolutionen über die Abrüstung annimmt, die zu nichts verpflichten. Die Ablehnung dieser Anträge durch die Delegationen der imperialistischen Länder ist sicher.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den preußischen Polizeiminister

TU. Berlin, 18. April. **Die Kommunisten haben im Preußischen Landtag einen Mißtrauensantrag gegen den Innenminister Grzesinski eingebracht mit der Begründung, daß trotz der Kundgebungen der Arbeiterschaft die Versammlungs- und Demonstrationsverbote nicht aufgehoben worden seien, sondern vielmehr auch für den Weltfeiertag der Arbeiterschaft aufrecht erhalten bleiben sollten.**

Oppositionssieg in Ratibor

Reformistische Ortsverwaltung im Gemeindearbeiterverband aus dem Sattel gehoben — Für 1. Mai unter revolutionären Losungen

In einer am Sonntag stattgefundenen Mitgliederversammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Filiale Ratibor, wurde u. a. Stellung genommen zu den kommenden Betriebsrätewahlen und zum 1. Mai. Vor Eingang in die Tagesordnung wurde von der Opposition gegen den Gesamtvorstand ein Mißtrauensantrag eingebracht. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich die Mitglieder des Vorstandes, der sich in der Mehrheit aus SPD.-Kollegen zusammensetzt, gegen diesen Antrag aus, ohne sachliche Gegenbeweise antreten zu können. In dem Mißtrauensantrag wurde der Rücktritt des Gesamtvorstandes gefordert. Der zur Abstimmung gestellte Antrag ergab, daß die übergroße Mehrheit gegen 20 Stimmen, dem Antrag der Opposition zustimmte. Hierauf legte der alte Vorstand unter Leitung von Niewiadomski seine Funktionen nieder, und es wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten.

Der neugewählte Vorstand setzt sich aus 9 oppositionellen und 2 SPD.-Kollegen zusammen.

Der alte Vorstand bestand aus 9 SPD.-Männern und 2 Oppositionellen.

Zum 1. Mai wurde vom Kollegen Halamoda eine Resolution eingebracht und einstimmig angenommen. Früher fielen die eingebrachten Resolutionen ohne Abstimmung unter den Tisch. Die Resolution richtet sich gegen den sozialfaschistischen Kurs der SPD. und den Grzesinski-Erlaß, für den Schutz der Sowjetunion, den Achtstundentag, für ausreichende Löhne, für die völlige Arbeitsruhe am 1. Mai und für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Großer Mühlenbrand bei Kreuzburg

In den frühen Morgenstunden des Donnerstags brach in der Schloßmühle in Ellguth bei Kreuzburg ein Großfeuer aus. Die Kreuzburger Feuerwehr und die gesamten Wehren der Umgebung mit allen vorhandenen Motorgeräten und Magirusleitern versuchten, den Brand zu löschen, doch gelang ihnen nicht einmal der Schutz der übrigen in der Nähe liegenden Gebäude. Von den Baulichkeiten der Mühle sind nur ein Stall und das Wohngebäude erhalten geblieben. 1000 Zentner Mehl und über 7000 Zentner Getreide, die in den Speichern lagerten, wurden ein Raub der Flammen. Auch das Maschinenhaus wurde vernichtet. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt.

Freche Verhöhnung der Eisenbahner

Die Reichsbahndirektion verbreitet folgende Mitteilung:

„Die Reichsbahn hat auf Grund des bei ihr von den Spitzengewerkschaften eingegangenen Schreibens eine Verbindung mit den Reichsressorts zwecks einer nochmaligen Besprechung der Lage aufgenommen. Da die Neubildung der Reichsregierung erst jetzt erfolgt ist, hat eine Besprechung bisher noch nicht stattgefunden. Voraussichtlich wird eine solche in den nächsten Tagen erfolgen. Bekanntlich haben die Spitzengewerkschaften sich dafür eingesetzt, daß bis zum Abschluß der Pariser Verhandlungen der Lohnstreit aufgeschoben werden soll im Interesse der wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Ferner hatten sich die Spitzengewerkschaften dafür eingesetzt, während dieser Zeit Streiks nach Möglichkeit zu verhindern. Es muß im Interesse der stetigen Weiterentwicklung der Wirtschaft gefordert werden, daß der Lohnstreit bei der Eisenbahn erst nach Abschluß der Pariser Verhandlungen ausgetragen wird."

Der Abend-„Vorwärts" vom 18. April bestätigt in seinem Kommentar zu dieser Meldung, daß die Spitzenorganisationen tatsächlich den Vorschlag gemacht haben, die Lohnbewegung der Eisenbahner bis nach Abschluß der Pariser Reparationsverhandlungen zu vertagen. Dann führt der „Vorwärts" aus, daß die Wendung erst nach Abschluß auslegungsfähig sei. Wenn man warten wolle, bis die Reparationsfrage auch im juristischen Sinne abgeschlossen sei, könne sich das für die Eisenbahner in einem halben Jahr Verzögerung auswirken. Nichtsdestoweniger ist der „Vorwärts" mit dem Vorschlag der Reichsbahndirektion einverstanden, er verlangt nur noch eine Erklärung der Reichsbahn, „daß sie bereit ist, falls die Pariser Verhandlungen eine Erleichterung der Belastungen der Reichsbahngesellschaft bringen, im entsprechenden Umfange die Löhne der Eisenbahner aufzubessern.

Es bestätigt sich also alles, was die Kommunisten bisher den Eisenbahnern gesagt haben. Die Eisenbahner sollen noch monatelang hingehalten werden, um dann endgültig abgewiesen zu werden.

Die Erklärung der Reichsbahndirektion, der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen und des „Vorwärts" bedeuten eine unglaubliche Verhöhnung der Eisenbahner. Die Eisenbahnarbeiter können das betrügerische Spiel nur dadurch durchkreuzen, daß sie sofort an den verkehrswichtigsten Punkten mit dem Streik beginnen.

Ein Prozeß um Karls und Rosas Ermordung

Vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte begann der das größte Aufsehen erregende Prozeß des ehemaligen Kriegsgerichtsrats und heutigen Reichsanwalts Jorns gegen den verantwortlichen Redakteur der Zeitschrift „Das Tagebuch", Josef Bernstein. Jorns führte bekanntlich die „Untersuchung" gegen die Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Ein in der oben genannten Zeitschrift erschienener Artikel macht Jorns den Vorwurf, die Mörder Karls und Rosas begünstigt zu haben. Hierin erblickt Jorns eine Verächtlichmachung und Beleidigung. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Marquard, die Anklage vertritt Staatsanwalt Danbenthal. Der angeklagte Redakteur wird von dem Rechtsanwalt Dr. Paul Levi verteidigt.

Der Prozeß wird gewissermaßen mit vertauschten Rollen geführt. Während der stundenlangen Vernehmung des als Zeugen geladenen Rechtsanwalts Jorns konnte sich wohl niemand des Eindrucks erwehren, daß in diesem Prozeß die Zeugenbank zur Anklagebank geworden ist. Das von der Verteidigung gegen Jorns vorgebrachte Material ließ klar die ungeheure Schuld des damaligen Kriegsgerichtsrats erkennen. Aber die Verteidigung, ihrer heutigen politischen Rolle gemäß, bemüht sich sichtlich, den ganzen Fall zu einem Fall lediglich des Kriegsgerichtsrats Jorns zu machen; kein Wort über die Mitschuld der Ebert-Scheidemann-Regierung, die seinerzeit erklärte, „sie könne in ein schwebendes Verfahren nicht eingreifen". Bernstein gab in einer einleitenden Erklärung das Stichwort dazu, als er sagte, „der Kriegsgerichtsrat Jorns ist von der Reichsregierung gedrängt worden, aber er hat nichts unternommen". Eine Behauptung, die der damalige Volksbeauftragte für Justiz, der Sozialdemokrat Landsberg, bei seiner gestrigen Zeugenvernehmung selbst entkräftete, als er gefragt wurde: „Was haben Sie, nachdem Sie Jorns nach Weimar zur Berichterstattung geladen hatten, zur Forcierung der Untersuchung angeordnet?" — „Ich habe nichts unternommen", antwortete gestern Landsberg. Das sagt genug. Nach der Vernehmung von Jorns und Landsberg wurde der Prozeß auf Sonnabend vertagt.

Neuer Hungerschiedsspruch für die Porzellanarbeiter

Waldenburg, 19. April.

Für die feinkeramische Industrie ist im Reichsarbeitsministerium ein neuer Hungerschiedsspruch gefällt worden. Er ist um nichts besser als der erste Hungerspruch. Die überwältigende Mehrheit der Porzellanarbeiter soll danach bis 30. September 1930 (!) keinerlei Lohnerhöhung erhalten.

Die Bürokraten im Fabrikarbeiterverband markieren den radikalen Mann und treten für Ablehnung des Spruches ein. Sie sind aber nach wie vor gegen Streik und grundsätzlich für Kapitulation im Falle der Verbindlichkeitserklärung. Aus Rücksicht auf die in der Koalition sitzenden „Genossen" werden die Reformisten alles schlucken und die Porzellanarbeiter mit allen Mitteln vom Kampf abhalten.

Selbstverständlich muß der Hungerschiedsspruch abgelehnt werden. Doch bei der Ablehnung allein dürfen die Porzellanarbeiter nicht stehen bleiben.

Jetzt ist es höchste Zeit, in den Betrieben Kampfleitungen zu wählen und den Streik zu beginnen. (Siehe auch den Artikel auf der zweiten Beilagenseite.)

Der englische Wahlkampf

Wahlprogramme — leere Versprechungen

London, 18. April.

Nachdem Lloyd George für die Liberalen und Macdonald für die Arbeiterpartei die Wahlprogramme entwickelt haben, gab nunmehr auch Baldwin für die Konservative Partei das Wahlprogramm in einer großen Kundgebung bekannt. Baldwin drückte die Erwartung aus, daß die Konservative Partei bei den Wahlen die Mehrheit erhalten werde. Er wandte sich gegen die Pläne von Lloyd George, die nur mit Hilfe von Anleihen durchgeführt werden könnten, statt vorübergehende Notstandsarbeiten soll dauernde Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Durch Abmachung mit den Dominions soll die Auswanderung erleichtert und eine bessere gewerbliche Ausbildung jugendlicher Arbeitsloser geschaffen werden. Die Schutzzölle hätten sich sehr gut bewährt, die Lebenshaltungskosten seien vermindert. Baldwin kündigt ferner einen Steuernachlaß für die Eisenbahnen und eine Revision der Fabrikschutzgesetzgebung an.

Die zahllosen Versprechungen vor den Wahlen sind auch in England billig wie bei uns. Abgesehen von einigen Versprechungen gegenüber der Arbeiterklasse, die zu halten Baldwin gar nicht einfällt, entwickelte der Führer der Konservativen Partei das Programm des englischen Imperialismus.

Eine Rede Snowdens

„Nur seine Privatmeinung" — Die Arbeiterpartei rückt ab

Die gestrige Rede Snowdens im englischen Unterhaus über die Schuldenpolitik der englischen konservativen Regierung hat eine außerordentlich starke Erregung in der Oeffentlichkeit hervorgerufen. Bekanntlich versuchte Snowden den englischen Kleinbürgern darzulegen, daß die Arbeiterpartei und eine künftige Arbeiterregierung die nationalen Interessen Englands besser vertreten würde wie die Konservativen, die trotz der günstigen wirtschaftlichen Lage Frankreichs und Italiens diesen auf Kosten der englischen Steuerzahler außerordentlich weitgehend entgegengekommen sei.

Der englische Finanzminister Churchill verlangte von Macdonald eine bündige Erklärung, ob die Arbeiterpartei künftig geschlossene Verträge, darunter auch die Balfour-Note, anerkennen werde oder nicht. Nachdem Snowden im Unterhaus auf neue Angriffe ausdrücklich hervorhob, daß er von seinen gestrigen Aeußerungen kein Wort zurücknehme, gab Macdonald die Erklärung ab, daß von einer Nichtanerkennung der interalliierten Schuldenabkommen nicht die Rede sein könne, so lange er Führer der Partei sei. Das ist eine deutliche Desavouierung Snowdens, und auch der Abend-„Vorwärts" läßt sich aus London berichten, daß die Aeußerungen Snowdens nur eine reine Privatmeinung sei.

Vorbereitung zur Maifeier in Polen

Warschau, 10. April. Die polnische Presse befaßt sich jetzt schon sehr ausführlich mit dem bevorstehenden 1. Mai. Die bürgerliche Presse hebt hervor, daß die Kommunisten im Zusammenhang mit dem 1. Mai eine sehr rege Tätigkeit entfalten. Laut Zeitungsmeldungen soll in der Maikampagne der Kampf sich nicht allein gegen die faschistische Regierung, sondern auch gegen die PPS. (Polnische Sozialdemokratie) richten; die Kommunisten werden nicht wie in früheren Jahren gemeinsam mit den Sozialdemokraten auf dem Theaterplatz demonstrieren, sondern eigene Demonstrationen veranstalten, während die Sozialdemokraten in diesem Jahre keinen Maiumzug veranstalten. Die Presse prophezeit jetzt schon blutige Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und den Jarworowski-Anhängern (faschistischer Flügel der Sozialdemokratie). In den Arbeitervierteln und den Industrievororten erscheinen täglich kommunistische Plakate, Aufrufe und Transparente mit den 1.-Mai-Parolen. Die Bourgeoispresse entfaltet eine besondere Hetze anläßlich der Tatsache, daß die Kommunistische Partei Polens in ihrer Maikampagne die Solidarität der polnischen Arbeiterklasse mit der Sowjetunion hervorhebt und die Kriegsmachenschaften der Pilsudski-Regierung entlarvt.

1500 Tote in Belgisch-Kongo

TU. Berlin, 18. April. Wie der „Lokalanzeiger" aus Amsterdam meldet, hat nach amtlichen Mitteilungen die Hungersnot in Belgisch-Ruanda seit Anfang März 15 000 Todesopfer gefordert. Ungefähr 75 000 Eingeborene seien nach Uganda geflüchtet. Infolge der vollkommenen Mißernte in Ruanda, die durch die Trockenheit im Februar verursacht wurde, seien die weiteren Auswirkungen der Hungersnot noch gar nicht zu übersehen.

Kleine Nachrichten

Schweres Explosionsunglück in München. — TU. München, 18. April. Am Donnerstag ereignete sich in der Martin-Greif-Straße in der Nähe des Hauptbahnhofes ein schweres Explosionsunglück. Ein Lieferauto geriet aus bisher unbekannter Ursache in Brand. Während man sich an die Löscharbeiten machte, erfolgte eine heftige Explosion. Eine starke Stichflamme schlug mehrere Stockwerke hoch. Unter den in den Nähe befindlichen Fußgängern, von denen verschiedene von den Flammen ergriffen wurden, ereigneten sich Schreckensszenen. Vier schwer verbrannte Personen wurden in die chirurgische Klinik eingeliefert. Ueber die Ursache der Explosion verlautet, daß auf dem Auto Aether verladen war.

Den Kanal auf einem Wasserrade überquert. — TU. London, 18. April. Roger Vincent überquerte den Kanal von Calais nach Dover in 5 Stunden 35 Minuten auf einem Wasserrade. Die von ihm gebrauchte Zeit stellte eine neue Höchstleistung für Fahrten in dieser Form dar.

Dreifacher Mord und Selbstmord. — TU. London, 18. April. In der Schenstone in der Grafschaft Staffordshir wurde ein Arbeiter an der Tür seines Wohnhauses erschossen aufgefunden. Im Hause selbst wurde auch seine Frau und das neunjährige Kind im Bett erschossen aufgefunden. Die Polizei stellte fest, daß der Arbeiter zunächst einen Nachbar, mit dem er seit einiger Zeit in Feindschaft lebte, erschossen hat, darauf seine Frau und sein Kind tötete und dann Selbstmord beging.

11 Tote, 15 Schwerverletzte, 31 Leichtverletzte als Folge des Brüsseler Eisenbahnunglücks. — TU. Paris, 18. April. Nach den neuesten Berichten der französischen Presse über das Unglück des D-Zuges Paris—Brüssel ergibt sich, daß die Katastrophe 11 Tote, 15 Schwerverletzte und 31 Leichtverletzte zur Folge gehabt hat. Die mit großer Beschleunigung durchgeführten Ausräumungsarbeiten haben den Mittwoch und einen großen Teil der Nacht auf Donnerstag in Anspruch genommen. Um 8,30 Uhr konnte die Strecke wieder dem Verkehr übergeben werden.

BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜNBERG

50

Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenverlag, Rudolstadt 15

„Ihr wißt nicht, was ihr tut! Denkt doch an eure Frauen und Kinder", beschwor der Gewerkschaftssekretär, der mit Erschrecken die Grenzen seiner Beredsamkeit feststellte.

„Eben daran denken wir", antwortete sein Parteigenosse Schmidt

Zeitner fühlte mit Zentnerschwere die auf ihm ruhende Verantwortung, unter deren Last auch er völlig den Kopf verlor. „Was können wir denn tun? Die Arbeiter werden sich nicht aufhalten lassen", sagte er tonlos.

Reese raffte sich zusammen. „Wir müssen die Seitenstraßen der Ratinger Straße absperren, durch unsere Arbeiterwehr, mindestens je zweihundert Meter tief, damit es zu keinen Zusammenstößen kommt", rief er mit alles übertönender Stimme.

„Dazu ist wohl die Arbeiterwehr nicht geschaffen, außerdem möchte sich wohl dazu kein bewaffneter Prolet hergeben. Die Straße ist unser", erklang von der Tür ein bekanntes Organ. Die drei Obleute des Sicherheitsausschusses wurden sofort umringt. „Ruhe", gebot Ruckers, und sofort wurde es still.

„Soeben", begann er, „erhalten wir Nachricht, daß die Truppen bereits in allen Orten, wo sie durchkamen, in Kämpfe verwickelt wurden. Abziehen dürfen sie unter keinen Umständen denn es besteht kein Zweifel, daß sie verstärkt und vermehrt wiederkommen werden. Unsere Leute brennen darauf, anzugreifen. Die vierte Kompanie steht unter Gewehr auf dem Hof der „Beate", die anderen sind noch nicht alarmiert, aber ...."

„Was, noch nicht alarmiert? Ja, wie zum Teufel denkt ihr euch denn das?" sagte Kösfeld.

Ruckers winkte ab. „Das Alarmieren ist nicht so schwer, unsere Kumpels schlafen mit der Knarre unterm Kopfkissen. Aber das Wiedernachhausschicken, Genossen, das ist nicht so einfach, gesetzt den Fall, ihr seid nicht gewillt, die Opfer zu bringen. Darüber dürft ihr euch nicht im Zweifel sein, daß der Kampf nicht nur auf die Arbeiterwehr, sondern auch auf die gesamte Bevölkerung übergreift und große Opfer kosten wird, auch unter Nichtkämpfern, Frauen und Kindern!"

„Das sagt ja Kollege Reese auch fortwährend, aber ihr laßt ihn ja nicht ausreden", rief Küpper dazwischen.

Zeitner sah sich hilflos im Kreise um. „Genossen, ich bin kein Soldat, mir fehlen die Sachkenntnisse in derlei Dingen. — Wenn also der Sicherheitsausschuß, der ja dafür zuständig ist, meint — das heißt, die eine Frage müßt ihr beantworten, ob bei dem Kräfteverhältnis ein Angriff unsererseits überhaupt einen Sinn, eine Aussicht auf Erfolg hat, und nicht schließlich nur eine blutige Geste bleibt?"

Auf Ruckers' Stirn vertieften sich die Falten noch mehr. „Rein militärisch sind uns die anderen überlegen, zumal wir auch noch mit den Essener und Düsseldorfer Truppen rechnen müssen. Irgendwelche Garantien kann kein Mensch da übernehmen, das liegt ganz bei dem Elan unserer Leute einerseits, beim Zustand der Truppen andererseits."

„Aber die Waffen! Ihr habt doch keine Waffen!" schrie Reese, mit der Faust auf den Tisch schlagend.

Felgentreu tippte sich an die Stirn. „Die in Wetter haben sich auch erst die Kanonen erobert, und wir werden es ebenso machen, ich glaube, wir haben sogar zum Anfangen mehr, als die Kameraden irgendwoanders."

„Also, Genossen, entscheidet euch, die Zeit drängt. Bei so widerstreitenden Ansichten kann ich allein die Verantwortung nicht tragen", drängte Ruckers, dessen Nerven jetzt auf das äußerste gespannt waren. „Entweder werfen wir unser Leben in die Wagschale und kämpfen bis aufs Messer, oder — wir gehen hübsch brav in die Betten."

Es war ganz still geworden. Jeder blickte, von der Verantwortung gedrückt, zu Boden. Dann kam, wie aus nebelhafter Ferne, eine von schlecht verhehlter Erregung stockende Stimme:

„Ich meine, Genossen, daß man in Anbetracht der ungleichen Kräfte von einem Kampf in der Stadt wenigstens doch absehen sollte."

Es war der Straßenbahner Schmidt.

„Dann lasse ich abstimmen, also, wer dafür ist, daß wir nicht angreifen, der hebe die Hand", rief Zeitner entschlossen.

Eine Anzahl Arme ging in die Höhe.

„Die Gegenprobe?"

„Arme hoch!" riefen Grothe und Felgentreu zugleich. —

„Zweifelhaft!" — „Noch einmal abstimmen!"

In diesem Augenblick begann ein markerschütterndes Heulen die Luft zu zerreißen. Alles fuhr, wie von der Tarantel gestochen, hoch.

„Das Alarmsignal!" — — —

„Zu spät, sie sind schon da, so lange habt ihr Idioten gequatscht!"

Kösfeld stampfte seinen Stuhl auf die Erde, daß die Beine absplitterten.

Ruckers stöhnte wie ein zu Tode getroffenes Raubtier. Reese kreischte gleich einem hysterischen Weib:

„Für das, was jetzt kommt, tragt ihr die Verantwortung, ich mache nicht mehr mit, ich gehe nach Hause!"

„Wir müssen jetzt aufzuhalten versuchen, soweit es noch geht. Legt alle eure Armbinden an, verteilt euch die Ratinger Straße rauf und runter, wir müssen jetzt das ärgste, einen planlosen Kampf, verhüten", rief Ruckers und stürzte als Erster zur Tür hinaus. — — —

13. Kapitel

Ernst Sukrow hatte an diesem Morgen einen Spaziergang in Richtung Süderholt unternommen. Die Sonne kämpfte noch mit einem feinen Nebel, der wohltätig die den Horizont zerhackenden Schlote, Halden, Fördertürme und Hochöfen verhüllte. Auf den brachen Wiesen am Kanal leckten ein paar magere Ziegen das schüchterne Grün ab, und eine Lerche trillerte in unsichtbarer Höhe dem Licht entgegen. „Der Frühling hat sich auch in diese trostlose Gegend verirrt", dachte der einsame Wanderer, dessen Gedanken seinen Schritten weit voraus eilten, dorthin, wo es keine häßlichen, von kranken Menschen überfüllte Industriestädte gab. Seine wanderfrohen Gefühle sammelten sich schließlich in einem Vagantenliedchen, das er früher oft mit frohen Gesellen auf freier Fahrt gesungen:

„Mein Schatz nahm einen andern
wohl um das schnöde Geld.
Drum will ich als Spielmann wandern
in die weite, weite Welt."

Jetzt, mit den ersten Frühlingslüften, kam ihm erst zu Bewußtsein, was den ganzen Winter so schwer und dumpf auf ihm gelastet. Er paßte nicht her, würde sich nie an Kohlenstaub und Aschenregen, an diesen ständig grauverhangenen Himmel gewöhnen. Wenn hier die Schornsteine wieder zu rauchen anfingen, war es mit dem bißchen Frühling sowieso zu Ende.

Im rüstigen Weiterschreiten wuchs in ihm ein Entschluß. Er würde nicht bleiben! Seine Träume hier waren endgültig ausgeträumt, sowohl die von der Bergarbeiterpoesie wie die von der sozialen Republik. Und auch das Liebeslied war zu Ende, das Kindermärchen von dem armen Hirtenknaben und der schönen Prinzessin! Er lachte und schämte sich zugleich, fand eine stille Genugtuung darin, vor sich hin zu variieren: „Du bist ein Esel, du bist ein großer Esel, du bist ein so großer Esel, wie es noch nie einen gegeben hat!"

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Artur Dombrowski, für „Betrieb und Werkstatt" und „Waldenburg" Wilhelm Biewald, für „Breslau", „Görlitz" und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den oberschlesischen Teil Georg Patzig in Hindenburg. — Für Inserate W. Scholz, Breslau.

Schlußsitzungen des Niederschlesischen Provinziallandtages

Etatberatung: Sozialdemokratisches Doppel- und Komödienspiel — Die kommunistische Fraktion lehnt den Etat ab — Schlußrede des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Lüdemann

Breslau, 19. April.

In der Dienstagnachmittag- und Mittwoch-Sitzung befaßte sich der Provinziallandtag mit der Beratung des Haushaltsplanes der Provinz Niederschlesien für 1929. Es sprachen zunächst der Landeskämmerer und die Etatsreferenten Dr. Reiher-Hirschberg und Pietsch. Den Ausschußvorschlägen entsprechend schließt der Etatsentwurf mit 65 599 612 Mark. Der Steuersatz wurde auf 12,9 Prozent festgelegt.

In der Diskussion sprachen die Abgeordneten Graf Keyserlingk (Dtn.) und Charbonnier (DVP.), aus deren Reden immer wieder die Forderung herausklang: **Es muß unter allen Umständen gespart werden.** Der Mitreferent Pietsch war voller Wohlwollen gegen die Provinzialverwaltung, auf die er Lobsprüche über Lobsprüche häufte. Seine ganze Rede war erfüllt von Burgfriedensgeist. Am nächsten Tage hörte man es anders. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich an diesem Tage auf die Tribüne und die Wahlagitation eingestellt. Sie schickte deshalb den „linken" Stope vor, der im Gegensatz zu Pietsch scheinradikale Phrasen gegen die Provinzialverwaltung verzapfte und gegen die Deutschnationalen und die Großgrundbesitzer polemisierte. Er stellte eine Spieluhr auf die Rednertribüne, die ein Geschenk des Landesältesten v. Carmer an einen Landarbeiter zum 90. Geburtstag ist, der 60 Jahre für den Junker gefrondet hatte. Diese Demonstration und Wahlrede rief natürlich die Redner der Deutschnationalen auf den Plan, so daß es zu einer langen Auseinandersetzung zwischen ihnen und der SPD. kam. Der Bauernbündler Hillmann griff auch in die Debatte ein und warf den deutschnationalen Großgrundbesitzern, die sich als die Interessenvertreter der Kleinbauern aufgespielt hatten, sehr unangenehme Wahrheiten ins Gesicht. Für die kommunistische Fraktion sprach

Genosse Dombrowski,

der die politischen und ökonomischen Ursachen für das von der Trustbourgeoisie befohlene Sparditkat aufzeigte und die Politik der SPD. und der bürgerlichen Parteien kennzeichnete. Hierbei wies Genosse Dombrowski, von Zwischenrufen der SPD. wiederholt unterbrochen, auf das Doppelspiel der sozialdemokratischen Führer „linker" und rechter Couleur hin. Die einen, die maßgebenden Macher der Fraktion, die Landräte, Bürgermeister, Landesratskandidaten usw., flöten in Burgfriedenstönen und sind von der Milch der frommen Denkungsart erfüllt. Die anderen mimen Opposition und werden für die Volksversammlungen verwandt, um die sozialdemokratischen Anhänger bei der Stange zu halten. Genosse Dombrowski beleuchtete dann den Etat der Provinz vom proletarischen Klassenkampfstandpunkt, wobei er besonders die kapitalistisch-christliche Fürsorgegesetzgebung und Fürsorgeausführung geißelte. Zum Schluß gab er im Namen der Kommunistischen Partei und Provinziallandtags-Fraktion nachstehende Erklärung ab:

Erklärung der kommunistischen Fraktion zur Abstimmung über den Etat

Die Politik der Koalitionsregierung, der Sachverwalterin des Trustkapitals, findet auch im Provinziallandtag ihren Niederschlag. Im Zeichen der verschärften Konkurrenz unter den kapitalistischen Staaten, der Verengung des Absatzmarktes und der erhöhten Reparationszahlungen lautet das Diktat der Trustbourgeoisie:

Abbau der sozialen Ausgaben. Alle Lasten auf die Schultern der Werktätigen, die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und kleineren Gewerbetreibenden.

Sozialdemokratie, Volkspartei, Zentrum, Demokraten sind als Träger der Koalitionsregierung den Befehlen des Trustkapitals nachgekommen. 45 Millionen sind bei dem Sozialetat, 36 Millionen beim Arbeitsministerium, 25 Millionen bei Abfindung für die Kriegsopfer gestrichen worden. Bei dem Bau des Staubeckens Ottmachau ist ebenfalls 1 Million eingespart worden, trotz der großen katastrophalen Arbeitslosigkeit in Schlesien.

Auch die Koalitionsregierung in Preußen führt die Befehle des Finanzkapitals prompt aus. Der Erlaß des sozialdemokratischen Innenministers, der die Kommunen und Provinzen zur Drosselung aller Ausgaben auffordert, und einen unerhörten Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung bedeutet, ist der Ausdruck einer „Sparpolitik", die auf Kosten des Proletariats geübt wird.

Der Etat der Provinz ist nach denselben Gesichtspunkten aufgebaut. Gespart ist nicht worden bei den Gehältern der oberen Beamten, die Zahl der Landesräte ist wiederum infolge eines Schachers zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien um eine Stelle vermehrt worden. Keine Abstriche erfolgten bei den 140 000 Mark Zuschüssen für die Luft-Hansa, 100 000 Mark wurden für die „Wuwa" bewilligt.

Dagegen lehnte die Mehrheit dieses Hauses in unverantwortlicher Weise die Mittel für die Erweiterung der Anstaltsbauten ab.

Die Abstriche bei dem Bau von Straßen und Brücken, bei den Beihilfen für Hochwassergeschädigte zeigen ebenfalls den Klassencharakter dieses Parlaments.

Um diese auf Kosten der werktätigen Massen in Stadt und Land geübte „Sparpolitik" zu verschleiern, haben SPD. und bürgerliche Parteien Entschließungen eingebracht, die billig wie Brombeeren sind. Die Parteien, die Träger der Koalitionsregierungen in Reich und Preußen sind, wenden sich hier gegen die Folgen der Politik, die ihr Werk sind. Die Väter des Finanzausgleichs schreien über die „Vernachlässigung des Ostens". Es ich gewiß richtig, daß die Not der Bevölkerung in den schlesischen Industrierevieren ganz besonders groß ist. Wir weisen auf die Tatsache hin, daß in schlesischen Industrierevieren teilweise noch Wochenlöhne von 8—12 Mark gezahlt werden. Wir klagen die kapitalistische Gesellschaft und deren Regierung an. Sie tragen die Verantwortung,

daß in den schlesischen Industrierevieren eine Generation des Proletariats heranwächst, die infolge Wohnungselends, Unterernährung den Keim zu Siechtum n und frühem Tod in sich trägt.

Die Sozialdemokratische Partei hat kein Recht, sich als Bekämpferin des schlesischen Massenelends hinzustellen, sie ist verfippt mit dem Staatsapparat und die stärkste Stütze der kapitalistischen Republik. Die Schlichtungspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die Abwürgung der Lohnkämpfe, die schändlichen von der SPD. geschaffenen Ausnahmebestimmungen für Saisonarbeitslose, die Erhöhung der Massensteuern sowie die gesamte Politik der SPD. in Reich, Staat und Gemeinde fesselt das Proletariat und vergrößert sein Elend.

Die Kommunistische Partei lehnt den Etat der Provinz als auch die vorgelegte, zur Irreführung der Massen dienende Entschließung ab. Sie wird den kommenden Wahlkampf benutzen, um die Politik dieses Hauses zu brandmarken und den Massen der Arbeiter und Kleinbauern Niederschlesiens zu sagen:

Das Parlament ist die Kulisse für die Diktatur des Kapitals, kämpft mit der Kommunistischen Partei für die Diktatur des Proletariats.

Mehr wie für jedes andere Proletariat gilt für die seit Jahrhunderten versklavte und ausgebeutete schlesische Arbeiterschaft in Stadt und Land der Satz:

Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, es hat eine Welt zu gewinnen.

Unter Führung der Kommunistischen Partei wird das schlesische Proletariat im engsten Bündnis mit den von den Großagrariern betrogenen Massen der Klein- und Zwergbauern das kapitalistische System stürzen und die Diktatur des Proletariats errichten, um die Voraussetzungen für den Sozialismus zu schaffen.

*

Der Rest der Sitzung wurde ausgefüllt von einer Polemik zwischen dem Oberpräsidenten und den deutschnationalen Abgeordneten v. Richthofen und v. Gosler sowie durch weitschweifige Wahlreden von Mache und Pietsch. Letzterer behauptete, die Kommunisten seien „politische Fassadenkletterer" und können höchstens das Gesims des sozialistischen Hauses abbrechen, während sie, die Sozialdemokraten, durch Eindringen in die Verwaltung von Staat und Provinz die Voraussetzungen für die Verwandlung der Republik in eine sozialistische schaffen wollen. Da Pietsch das Schlußwort hatte, konnte Genosse Dombrowski nur im Rahmen einer persönlichen Bemerkung den SPD.-Pietsch daran erinnern, daß die kommunistische Auffassung vom Staat sich deckt mit den Lehren von Marx und Engels und nach der „Theorie" von Pietsch die sozialdemokratischen Theoretiker der Vorkriegszeit „Fassadenkletterer" gewesen sein müssen. Oberpräsident Lüdemann schloß dann den Provinziallandtag mit einer längeren Rede, in der er u. a. zugeben mußte, daß die Behauptung des Genossen Dombrowski über die Streichung von 1 Million Mark für den Bau des Staubeckens richtig sei. Auch ihn „erfüllt diese Streichung mit Sorge", er werde bemüht sein, die Belange der Provinz Niederschlesien in allen Fragen bei der Staatsregierung zu vertreten. Herr Lüdemann gab seiner Rede einen sehr versöhnlichen Ausklang, so daß am Schluß der Tagung der häusliche Streit zwischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten vergessen war.

Voraussichtlich wird vor den Neuwahlen keine Tagung des Provinziallandtages mehr stattfinden. Die kommunistische Fraktion wird den Wahlkampf benutzen, um den Klassencharakter des Provinziallandtages aufzuzeigen und die demokratischen Illusionen zu zerstören. Notwendig ist, daß die schlesische Arbeiterschaft und auch die Kleinbauern den Verhandlungen des Provinziallandtages weit mehr Interesse entgegenbringen wie bisher. Auch im Provinzparlament steht Klasse gegen Klasse, auch hier muß die Arbeit im Parlament besser wie bisher mit der außenparlamentarischen Massenarbeit verbunden werden.

6. Oberschlesischer Bezirksparteitag

Erster Verhandlungstag

Gleiwitz, 16. April.

Der 6. oberschlesische Bezirksparteitag wurde am Sonnabendnachmittag mit einer Ansprache des Genossen Langner, der kurz die politische Lage skizzierte und die Aufgaben der Kommunistischen Partei in der Epoche der verschärften imperialistischen Gegensätze und des sich zuspitzenden Klassenkampfes umriß, eröffnet. Zu Ehren der ermordeten, gefangenen und verstorbenen Vorkämpfer des Proletariats erhoben sich die Delegierten von den Plätzen. Dann wurde die Internationale gesungen. Der Bezirk Ostsachsen hatte eine Begrüßungsadresse an den Parteitag gesandt, ferner lagen Begrüßungsschreiben der IAH. Bezirk Oberschlesien und des RFB. Ortsgruppe Mikultschütz vor. Die Bezirksleitung Schlesien war durch den Genossen Dombrowski-Breslau vertreten, der die revolutionären Grüße des niederschlesischen Proletariats überbrachte und den Kampf der Partei im Bezirk Schlesien gegen die rechten Liquidatoren schilderte. Ins Präsidium wurde Genosse Piontek-Oppeln gewählt, zu Ehrenmitgliedern der Genosse Müller-Zaborze, der zurzeit im Zuchthaus sitzt, und der Genosse Reval-Moskau. Dann folgten Begrüßungsansprachen des RFB.- und des KJ.-Vertreters sowie eine Vorführung der „Roten Bergknappen", der Gleiwitzer Agitprop-Truppe. Alsdann wurde in die Verhandlungen eingegangen. Genosse Langner ergänzte einen vorliegenden gedruckten Bericht der Bezirksleitung und behandelte besonders die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe und die Betriebsrätewahlen in Oberschlesien. Genosse Walter gab den bereits erwähnten Org-Bericht. Genosse Jendrosch berichtete über die Gewerkschaftsarbeit im Bezirk und Genosse Paris über die Kommunalarbeit, daran schlossen sich Kassen- und Revisionsbericht an. An der Diskussion über die Berichte beteiligten sich die Genossen Lellek-Gleiwitz, Leppi (Jugend), Roberta-Gleiwitz (Frauen), Schieron-Hindenburg, Bunzel (Jugend) Hindenburg, König-Ratibor, Rautenstrich-Cosel, Girndt-Oppeln, Jarczyk-Hindenburg, Hartmann (Frauen), Drzymalla (RFB.), Brix-Neustadt, Viatrek-Gleiwitz, Ploleta-Sosnitza, Tunkel-Lobkowitz, Rössler-Hindenburg, Brehm (Bauarbeiter), Dlugosch-Gleiwitz, Suppin-Groß-Strehlitz, Walzuch-Gleiwitz, Kuczera-Hindenburg, Schulz-Oppeln, Beimel-Neustadt, Tranik (Jugend), Achtellik (Jugend) Gwosdz-Hindenburg. Sie berichteten über die Arbeit in ihren Ortsgruppen bzw. über die Arbeit in der KPD. und im RFB. Die Vertreter aus Neustadt wünschten stärkere Unterstützung der Arbeit auf dem flachen Lande durch die BL. und wiesen auf die wachsende Aktivität der Faschisten hin. Bei dem Abstimmungs-Gedenktrummel in Gleiwitz waren im Demonstrationszuge außerordentlich viel ländliche Arbeiter und Kleinbauern vertreten.

Die Jugendgenossen konnten über gute Erfolge des KJV. besonders unter den Jugendabteilungen der Gewerkschaften berichten. Zum Ausdruck gebracht wurde in der Diskussion, daß viele Genossen, die den Beschlüssen des 6. Weltkongresses und des 4. der RGI. zwar zugestimmt haben, die politische Bedeutung dieser Beschlüsse noch nicht voll erkannt haben und vor Ausschlußterror der Gewerkschaftsbürokratie noch zurückweichen.

Im Anschluß an die Diskussion erfolgte die Abstimmung über zahlreich vorliegende Anträge, die nicht zur Debatte standen. Angenommen wurden die Anträge der BL. des KJV. Ein Antrag des Bezirksparteitages an den Reichsparteitag, in dem das Zentralkomitee der Partei beauftragt wird, sich mit dem Zentralkomitee unserer tschechischen und polnischen Bruderparteien in Verbindung zu setzen und gemeinsam mit diesen, der Arbeiter der polnisch-deutschen und tschechoslowakischen Grenzgebiete, zu einem internationalen Grenztreffen in Oberschlesien für die Verteidigung der Sowjetunion, zum Kampf gegen den deutschen, polnischen und tschechischen Imperialismus aufzurufen. Abgelehnt wurden die Anträge der Zelle Nord, des Arbeitsgebietes Hindenburg. Der Antrag des Unterbezirks Neustadt, den Genossen Tunkel als Sekretär für diesen Bezirk zu verwenden, wurde ebenfalls abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag, in der „Arbeiter-Zeitung" eine Beilage einzurichten, in der Aufsätze und Artikel über Kleinbauern und Gewerbetreibende Aufnahme finden sollen. Ein Antrag bezüglich des Austritts der Funktionäre aus der Kirche fand gleichfalls Annahme.

Bericht über den zweiten Verhandlungstag folgt.

Streikeröffnung in der ostoberschlesischen Hüttenindustrie

TU. **Kattowitz**, 17. April. Am Dienstag fanden die Lohnverhandlungen für die Metallhüttenindustrie Ostoberschlesiens statt. Von den Gewerkschaften wurde eine Erhöhung um 20 Prozent und außerdem eine Ausgleichszulage für verschiedene Kategorien gefordert. Ebenso verlangten die Gewerkschaften eine Erhöhung der sozialen Zulage um 25 Prozent. Nach längeren Verhandlungen wurde von Arbeitgeberseite eine allgemeine Lohnerhöhung von 3 Prozent angeboten, die später auf 5 Prozent erhöht wurde. Die Gewerkschaften lehnten dieses Angebot ab und verlangten eine Zulage von mindestens 10 Prozent. (!) Die Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Inzwischen ist auf der Kunigunde-Zinkhütte die Belegschaft in den Streik getreten.

Gefängnis für Streik

Aus dem neuen Strafgesetz

Eine reaktionäre Bestimmung der Stillegungsverordnung für lebenswichtige Betriebe hat in Nummer 238 des neuen Strafgesetzentwurfs Aufnahme gefunden. Danach soll mit Gefängnis bestraft werden, wer Verkehrsbetriebe oder Werke zur Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft stört, indem er Bestandteile des Betriebes beschädigt, zerstört, beseitigt, verändert oder außer Tätigkeit setzt. Schwere Fälle können mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden.

Dieser Paragraph richtet sich gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter in diesen Betrieben. Der ADGB. hatte in einer Eingabe verlangt, den Streik ausdrücklich von der Strafe auszuschließen.

Genosse Schumann verlangte die Streichung des Paragraphen und wies in längerer Rede dessen Arbeiterfeindlichkeit nach. Jeder Streik soll damit den Arbeitern unmöglich gemacht werden. Auch Einzelsabotage sei auf die Ausbeutung der Arbeiter zurückzuführen und daher der Unternehmer zu bestrafen.

Der Paragraph wurde schließlich gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten angenommen. Es gelang aber, die Worte „außer Tätigkeit setzt" und die Zuchthausstrafe aus dem Paragraphen zu entfernen.

Schlesische Eisenbahner kampfbereit!

Pröh und Fielitz sind gegen Lohnerhöhung

Am 17. April fand in Oels eine öffentliche Eisenbahnerversammlung statt, in der folgende Entschließung angenommen wurde:

Die am 17. April 1929 in Oels tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung protestiert gegen die Verschleppung der Lohnverhandlungen durch die Reichsbahnhauptverwaltung und die Gewerkschaftsbürokratie.

Die Versammelten erklären sich bereit, für die Forderungen der revolutionären Opposition den Kampf zu führen, und zwar:

1. **Erhöhung der Löhne um 15 Pfennig die Stunde.**
2. **Beseitigung der Dienstdauervorschriften.**
3. **Einführung des Achtstundentages und der 48-Stunden-Woche.**

Gegen diese Entschließung stimmten nur der Angestellte Pröh und der Vorsitzende des Einheitsverbandes Fielitz.

Nicht nur in Oels, in allen Orten Schlesiens und Oberschlesiens sind die Eisenbahner über die Verschleppung der Lohnverhandlungen entrüstet. Sie sind bereit, in den Kampf zu treten. Sie müssen jedoch begreifen, daß der Einheitsverband sie zum Kampf nicht aufrufen wird, auch dann nicht, wenn die Reichsbahnverwaltung überhaupt keine Lohnerhöhung gibt. Die reformistischen Bürokraten im Einheitsverband wissen, was sie den mit der Bourgeoisie in der Koalitionsregierung sitzenden SPD.-Ministern schuldig sind. Die Eisenbahner müssen selbst die Organisierung des Kampfes in die Hand nehmen, indem sie in allen Betrieben auch den letzten Mann mobilisieren, Kampfleitungen wählen und den Streik eröffnen. Nur wenn die Eisenbahner selbst den Kampf organisieren, wird es möglich sein, die aufgestellten Forderungen durchzusetzen.

Porzellanarbeiter, stoßt energischer vor!

Nachdem für die Porzellanarbeiter der bekannte Hungerschiedsspruch gefällt wurde, fand für das Waldenburger Gebiet eine Branchenkonferenz statt, wo beschlossen wurde, die Forderungen bei den Betriebsleitungen im Bezirk einzureichen. Ebenfalls wurde beschlossen, Versammlungen abzuhalten. Die reformistischen Vertreter einiger Betriebe (Königszelt, ohne Nieder-Salzbrunn) traten als Miesmacher auf. Nach der Konferenz zeigte es sich aber, daß die Belegschaften durchaus gewillt sind, in den Kampf zu treten. Die Belegschaft von Thielsch in Altwasser beschloß einstimmig, die Forderungen der Betriebsleitung zu unterbreiten. Zur Wahl einer Kampfleitung konnte sie sich vorerst nicht entschließen, weil der Einfluß der Reformisten noch zu groß war. Wie nicht anders zu erwarten, lehnten die Betriebsleitungen die Einzelverhandlungen ab. Daraufhin fand bei Thielsch erneut eine Versammlung statt. Vor der Versammlung hielten die

sozialdemokratischen Funktionäre eine Fraktionssitzung

ab, in der nicht etwa beraten wurde, wie man am besten den Kampf der Porzellanarbeiter zu einem Erfolge führt, sondern eine Entschließung gegen die kommunistische „Arbeiter-Zeitung" ausgearbeitet wurde. Anlaß zu dieser Entschließung gab ein Ende März veröffentlichter Artikel, in dem der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende treffend charakterisiert wurde. Als die Betriebsversammlung eröffnet wurde, beantragte die sozialdemokratische Fraktion zur Geschäftsordnung, die Lohnfrage als ersten Tagesordnungspunkt abzusetzen (!) und zuerst den Artikel der „Arbeiter-Zeitung" zu behandeln. Die Belegschaft wollte davon natürlich nichts wissen und beschloß mit überwältigender Mehrheit, zuerst eine Aussprache über die Lohnfrage herbeizuführen. Dabei beantragten die oppositionellen Kollegen eine Urabstimmung über den Streik. Der reformistische Gewerkschaftsangestellte und sozialdemokratische Fraktionsleiter traten dagegen auf und schlugen eine nichtssagende Entschließung vor, in der dem Hauptvorstand erklärt werden sollte, daß die Arbeiterschaft kampfbereit sein — sonst nichts. Der Gewerkschaftsangestellte versteg sich sogar zu der Warnung,

ja keinen Streik zu beschließen, da es sowieso keine Unterstützung geben werde.

Bei der Abstimmung enthielt sich der größte Teil der Stimme und eine kleine Mehrheit der Belegschaft, durch die Drohung des reformistischen Angestellten eingeschüchtert, stimmte für die reformistische Entschließung.

In der weiteren Aussprache bewiesen die oppositionellen Kollegen die Richtigkeit des Artikels in der „Arbeiter-Zeitung" und wiesen die Angriffe der reformistischen Drahtzieher zurück. Die Abstimmung über die sozialdemokratische Entschließung war für die Reformisten katastrophal. Als gefragt wurde, wer dafür sei, erhoben sich nur wenige Hände. Der Gewerkschaftsangestellte rief daraufhin hysterisch in die Versammlung: „Alles abstimmen!" Aber auch auf seinen Zuruf hin blieb die überwältigende Mehrzahl der Hände unten.

Porzellanarbeiter! So wie bisher kann es nicht weitergehen! Der gefällte Hungerschiedsspruch wird in Kraft treten, falls ihr nicht auf dem schnellsten Wege den Kampf für eure Forderungen organisiert. Schiebt die reformistischen Bremser beiseite. Wählt in jedem Betrieb eine Kampfleitung aus den energischsten Kollegen! Entscheidet euch für Streik!

Ueberrationalisierung bei Christoph & Unmack, Niesky

Fließband versagt — Stoppuhr selbst auf dem Klosett — Kein Tag ohne Unfall — Sozialdemokraten auf Seiten der Unternehmer

Jeder C. u. U.-Prolet weiß, daß die Zustände bei der Firma (betriebstechnisch, in bezug auf Betriebssicherheit, hygienisch und sozial) auf dem niedrigsten Niveau stehen. Es ist dringend erforderlich, die Firma mitsamt ihrer Leitung einmal öffentlich ans Licht zu ziehen.

Betriebstechnisch ist das ganze Werk verbaut. Man versuchte, auf verschiedene Art ein

Fließbandsystem

zu fabrizieren. Doch es gelang daneben. Darauf Anstellung eines ehemaligen Meisters als Zeitabstopper. Jede geringfügige Arbeit wurde doppelt und dreifach gestoppt, am liebsten der Gang auf das Klosett. Damit ein Prolet nicht gar zu lange auf dem Klosett sitzt, mißbraucht man den Meister und schickt ihn kontrollieren, man sagt, wegen dem Rauchen. Betriebstechnisch versagt man deshalb, weil man meist Maschinen kauft und aufstellt, die andere Firmen verkaufen.

Betriebssicherheit ist fast gar nicht vorhanden. Bei Glatteis gibt es Streusand nur für den Fußweg der Angestellten, für Proleten nur beim Pförtner.

Sieht man sich die Maschinen an, so fehlen an verschiedenen die Schutzvorrichtungen. Wie sieht nun die Sicherheit bei der Arbeit aus? Nehmen wir drei Arbeitstage an:

Am Freitag, dem 12. April, stürzte ein Maler vom Gerüst und brach sich die Beine. Den Leitern fehlen über die Hälfte der Sprossen, sie werden zusammengehalten mit ein paar Nägeln. Eine Tragbahre für den Verunglückten war nicht zu finden.

Sonnabend, den 13. April, verunglückte ein Schlosser durch die herumfliegenden Blechabfälle. Er stieß sich einen Blechstreifen durch den Unterschenkel. Trotz Suchen und Herumkramen fand man keine Tragbahre, einige Kollegen trugen ihn auf den Armen bis zum Sanitätsraum; wenige Minuten später wäre der Kollege verblutet. Nun ging man schleunigst daran, eine neue Tragbahre anzufertigen (!) und ließ schnell Schilder malen, an denen zu lesen ist, wo überall Sanitäter beschäftigt sind.

Montag, den 15. April, verunglückte der Schlosser Ulrich tötlich. Er stürzte durch ein Bodenklappenloch der Berliner Straßenbahnwagen in den Kanal, brach das Genick und war sofort tot. An ein Zudecken des Kanals dachte keine Betriebsleitung und auch kein Betriebsrat. Nachdem aber das Unglück geschehen war, mußten die Zimmerleute mit Volldampf Ueberstunden machen, denn bis zum nächsten Morgen mußten soundsoviel Abdeckteile fertig sein. Will man dem toten Proletarier die Schuld geben? Will man es so machen wie vor Jahren, wo es schade um die Farbe war, als der eine Maler tot auf den Schienen lag?

Proleten von C. u. U., die Hauptschuld an diesen Vorfällen, von denen wir nur einige aufgezeigt haben, trägt die Firma wie das ganze kapitalistische System. Nehmen wir den Fall unseres Kollegen Ulrich. Er hatte auf das Einpassen der Klappen eine Akkordzeit erhalten, bei der er drei- bis viermal solange zu arbeiten hatte. Noch weinge Stunden vor seinem so plötzlichen Tode wollte er veranlassen, daß diese Arbeit abgestoppt wird. — Ja, das kapitalistische System hat ihn abgestoppt.

Wenn nämlich ein Kollege unter der Zeit bleibt, so ist er unbrauchbar, unfähig, und draußen auf den sozialdemokratischen Arbeitsämtern ist Platz für ihn. Er ist also gezwungen, zu ochsen und zu würgen, wenn er sein Lohn erhalten will. Die Herren Aktionäre usw. aber: Her die Börsenzeitung! — Hundert Tote im Betrieb — und die Aktie ist um 10 Prozent gestiegen. Gewinn und Dividenden, im Schweiß und im Blut der Proleten, um 15 Prozent gestiegen. Die Reise nach den Revieren auf acht Wochen kann beginnen.

Und die sogenannten Arbeiterführer? Wir tun alles, um die Dividenden und den Himmel der Kapitalisten zu schützen und euch Proleten niederzuhalten. Sie werden euch am 1. Juli, beim neuen Tarifabschluß ein Spiel vormachen, das noch besser ist als voriges Jahr. Sie werden, als freigestellte SPD.-Betriebsräte, weiter den Tag über bei einer Flasche Bier beim Pförtner sitzen oder sich auf Reisen befinden. Sie werden euch als „Gewerkschaftsführer" weiter die Binde über die Augen hängen und in Dunkelkammern verhandeln. Und der SPD.-Genosse Wissell wird weiter verbindlich schlichten. Der „kleine Severing" wird weiter die Arbeiterschaft zusammenhauen lassen. Denn noch viele wollen die Stufenleiter höher klettern — über den Sozialdemokraten steht die kapitalistische Republik.

Klassengenossen, nehmt den Kampf gegen alle eure Feinde auf, kämpft Seite in Seite mit den Kommunisten, zerschlagt das kapitalistische System und setzt an dessen Stelle die Diktatur der Arbeiterklasse. Besucht den Film „Zehn Tage, die die Welt erschütterten", der in den nächsten Tagen am Orte durch den RFB. zur Aufführung gelangt. Arbeiter und Arbeiterinnen, versäumt diesen Abend nicht.

Wir rufen euch zu, ihr Unterdrückten: Unterstützt die Kommunistische Partei, tretet ein und kämpft für die Weltrevolution.

Zu den Verhandlungen im Holzgewerbe

Nach monatelangen, ergebnislosen Verhandlungen zwischen den zentralen Instanzen wurde Anfang April ein „neutrales" Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Professors Brahn gebildet. Professor Brahn ist hinreichend bekannt als der „neutrale" Schiedsrichter, der an einem einzigen Tage 21 Hungerschiedssprüche für die Textilarbeiter gefällt hat. Die Textilunternehmer hatten zu dem Mann ein so großes Vertrauen, daß sie im voraus erklärten, einen Schiedsspruch, der unter dem Vorsitz des Professors Brahn gefällt wird, unbedingt anzunehmen.

Daß auch die Verbandsbürokraten des Holzarbeiterverbandes Vertrauen zu diesem Unternehmerfreund haben, geht aus einem Artikel im „Vorwärts" vom 15. April hervor, der anscheinend vom Verbandsvorstand stammt. In diesem Artikel wird der Versuch unternommen, zunächst die Tragweite des Resultats einzuschränken, mit dem Bemerken, daß es sich nur um Vorschläge handle. In Wirklichkeit sind aber die Dinge so weit gediehen, daß der Vertragsentwurf fertig ist. Das geht aus dem letzten Absatz des Artikels mit aller Deutlichkeit hervor.

Wie die Forderungen der Holzarbeiter durch das „neutrale" Schiedsgericht abgewürgt worden sind, wollen wir im einzelnen nachweisen.

Zur Arbeitsvermittlung wurde die Arbeitsvermittlungspflicht gefordert, früher bestand nur die Meldepflicht der offenen Stellen. Die Forderung ist im neuen Vertrag nicht aufgenommen worden.

Für die Kündigung des Arbeitsverhältnisses sollte die gesetzliche Kündigungsfrist (14 Tage) gelten, sofern nicht andere schriftliche Regelungen mit der Betriebsvertretung erfolgen. Im neuen Vertrag ist die Kündigungsfrist auf sechs Tage festgesetzt.

Die tarifliche Arbeitszeit sollte nach den Anträgen der Kollegen auf 46 Stunden pro Woche herabgesetzt werden. Nach dem neuen Vertrag bleibt die bisherige 48stündige Arbeitswoche bestehen.

Der Zwangsüberstundenparagraph des alten Vertrags sollte restlos beseitigt werden. Das ist nicht erfolgt. Es kann nach wie vor Mehrarbeit verlangt werden. Lediglich eine formelle Umänderung ist erfolgt, wonach jetzt der Unternehmer in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheidet, während er früher nur „im Benehmen mit der Betriebsvertretung" Ueberstunden bis zu 61 Stunden pro Woche verlangen konnte.

Der Zuschlag von 25 Prozent, der im „Vorwärts" als neue Regelung angepriesen wird, war bereits im alten Vertrag enthalten.

Die hauptsächlichsten Forderungen der Mitgliedschaft zielten auf eine grundsätzliche Aenderung der Lohnstaffelung. Besonders das System der Alters- und Ortsklassen sollte entsprechend den wirtschaftlichen Bedingungen zentralisiert und verbessert werden. Unter anderem sollte für Arbeiter unter 16 Jahren ein Vertragslohn festgesetzt werden. Eine Regelung dieser äußerst wichtigen Fragen ist bisher nicht erfolgt. Eine formelle Aenderung bringt der neue Vertragsentwurf, indem er den bisherigen „Durchschnittslohn" als Vertragslohn festlegt mit der Ausnahmebestimmung, daß für schwächere Arbeiter ein Lohn vereinbart werden kann, der bis zu 10 Prozent unter dem Vertragslohn liegt.

Auch die Entschädigungssätze für die Lehrlinge, die nach den Anträgen 10, 20, 30 und 40 Prozent vom Tariflohn des über 22 Jahre alten Facharbeiters betragen sollten, sind nicht erreicht worden. Die Unternehmer machten hierbei ganz besondere Schwierigkeiten. Es wurde eine tarifliche Schlichtungsstelle eingesetzt, die ebenfalls unter dem Vorsitz von Professor Brahn einen Schiedsspruch fällte, wonach die Kostgeldsätze für Lehrlinge auf 8, 15, 20 und 30 Prozent des Tariflohns für Facharbeiter festgesetzt werden.

Bezüglich der Ferien wurde gefordert eine Herabsetzung der Wartezeit von vier auf zwei Monate und Bemessung der Feriendauer für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, einschließlich der Lehrlinge und Jugendlichen auf fünf bis neun Tage. Im Vertragsentwurf ist die Wartezeit nicht herabgesetzt worden. Es erhält also nur der Arbeiter vier Tage Ferien, der am 1. April vier Monate im Betrieb beschäftigt war. Eine kleine Verbesserung ist durch die Bestimmung geschaffen, daß im dritten Jahre der Beschäftigungsdauer sieben (bisher sechs) und im vierten Jahre acht (bisher sieben) Tage Ferien gewährt werden.

Ueber die Höhe der Löhne und die aufgestellten Forderungen wird erst verhandelt, wenn der Vertragsentwurf von beiden Parteien angenommen worden ist. Nach dem Bericht des Vorstands können sich diese Verhandlungen noch wochenlang hinziehen. Vor der Hand besteht noch die Vereinbarung, daß bis zum 10. Mai die Bestimmungen des alten Reichsmantelvertrags und des Lohnabkommens Geltung haben.

Aus dem Inhalt dieses neuen Vertrags geht klar und deutlich hervor, daß die Tarnow und Genossen die Interessen der Holzarbeiter vollkommen preisgegeben haben. Auch hier zeigt sich, wie verderblich die Taktik der Verbandsstrategen sich für die Mitglieder ausgewirkt hat.

Wir haben bereits früher betont, daß bei solcher Art der Verhandlungen, die unter Ausschluß der Kontrolle der Mitgliedschaft stattfinden, die Forderungen der Holzarbeiter nicht erfüllt werden können. Es ist die höchste Zeit, daß die Kollegenschaft dazu übergeht, in Mitglieder- und Betriebsversammlungen Stellung zu dem neuen Vertrag zu nehmen. Alle Kampfvorbereitungen, Wahl von Kampfleitungen aus den Betrieben, Mobilisation der gesamten Kollegenschaft, sind sofort zu treffen, um wenigstens die Forderungen durchzusetzen, die bereits vor einem halben Jahre aufgestellt worden sind.

Der unter dem Vorsitz des Professors Brahn zustandegekommene Tarif muß einmütig von der Kollegenschaft abgelehnt werden.

Aus der Freiburger Uhrenindustrie

An der Spitze Nationalsozialisten — Entlassungen — Hungerlöhne — Eingestellt werden nur Jugendliche!

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

In allen Versammlungen, die man jetzt in Freiburg besucht, wird immer über die Betriebsführung der Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken geklagt. Wer sind diese Leiter? An der Spitze der gesamten Industrie steht ein Generaldirektor Büchler. Sein Herkunftsort ist der Schwarzwald, einstmals war er Demokrat, und jetzt? Der technische Direktor Mansperger, ebenfalls ein Schwarzwälder, ist ein strenger Nationalsozialist. Das geht schon daraus hervor, daß er ein tüchtiger Besucher der jetzt in Schlesien stattfindenden Versammlungen dieser Partei und Bravoklatscher ist. Natürlich ist er auch Judenfresser. Der andere Mann ist der Betriebsleiter Knobloch. Wenn man Ausführungen von Arbeitern in den Versammlungen hört, wie sie behandelt werden, dann hat es den Anschein, daß er auf gut Glück und Verderben alle angeordneten Maßnahmen der Direktion mitsamt seinen Meistern durchführt. Herr Knobloch ist auch ein eifriger Prediger im Jugendbund. Früher, als er noch Meister war, hatte er sein Kruzifix immer vor sich auf dem Arbeitsplatz stehen, aber beim Antritt als Betriebsleiter war es verschwunden. Hier machte doch wohl das Gewissen Opposition von wegen der Nächstenliebe. Denn Knobloch sieht bei Entlassungen nicht auf die wirtschaftlich schlecht Gestellten, sondern auf die „Tüchtigkeit". Auch wird von dem Herrn Knobloch immer darauf gesehen, daß die Arbeit immer von älteren Arbeitern auf die jugendlichen übertragen wird. Somit werden

Familienväter und Witwen auf die Straße geworfen.

Die Begründung ist immer dieselbe: „Wir müssen konkurrieren können, sonst wird uns nichts abgekauft." Die Herren des Kapitals, Büchler, Mansperger, Knobloch usw., glauben eben die „deutsche Wirtschaft" anzukurbeln, indem sie Millionen erwerbslos machen. Oder glaubt Herr Mansperger, daß ein frisch-fröhlicher Krieg, wie er, Knobloch, Büchler usw. ihn erlebt haben, uns retten kann? Arbeiterinnen und Arbeiter, Augen auf! Diese Herren führen uns wieder ins Elend.

Auch gespart wird im Betriebe, denn die Arbeiterschaft verdient ungeheure Summen — der Auffassung der Betriebsleitung nach. Es werden folgende Löhne gezahlt: bei den jüngeren Arbeitern

von 3,60 bis 10 Mark die Woche.

Nur wenige verdienen etwas darüber. Bei den älteren ist es nicht viel besser, denn für ihre Akkordbasis gibts nicht mehr viel Arbeit. Wenn sie nun nicht nach Hause gehen wollen, müssen sie eben sehen, wie sie fertig werden. Bei den hohen Beamten und Angestellten spart man nicht, dort wird von 80 000 Mark herab verdient. Hier stellt man, um Unkosten zu sparen, noch einen Unkosten-Menschen ein, der im Jahre vielleicht 15 000 Mark Gehalt bezieht (wenn es reicht), ohne die Hunderte von Mark, die man zum Einrichten seines Zimmers braucht. Im Januar wurden

300 Arbeiter entlassen.

Sie sollten nach drei Monaten wieder eingestellt werden, und wenn nicht, dann sollte man austauschen zu den alten Rechten. Was ist nun geworden?

Diejenigen, denen man gutgesinnt war, hat man wieder eingestellt, und diejenigen, die einmal ihr tarifliches Recht forderten, sind auf einmal nicht zu gebrauchen,

weil sie schlechte Arbeit geliefert hätten, aber früher waren sie zu gebrauchen. Auch macht man Neueinstellungen, aber nicht alter Arbeiter, trotzdem noch zum Teil kurzgearbeitet wird. Es werden auch diese Woche wieder Entlassungen von Handwerkern vorgenommen, und zwar fünf an der Zahl. Wenn diese fünf erst den Betrieb rentabel machen sollen, wenn sie entlassen werden, nun dann ist es wohl bald so weit als in der Spinnerei.

Den Arbeitern von Freiburg rufen wir zu: Erkennt, daß es im Privatkapitalismus für euch keine Rettung gibt! Die Nationalsozialisten besorgen lediglich die Geschäfte der Kapitalisten! Schart euch um die Kommunistische Partei! Kommt am heutigen Freitag in die öffentliche Versammlung der KPD. um 19,30 Uhr im „Anker"! Helft mit, den Kampf für den Sozialismus zu organisieren!

Breslau

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Im Zeichen drohender Kriegsgefahr, verschärfter Klassengegensätze, erhöhter Ausbeutung der Werktätigen und gesteigerten Elends der arbeitslosen Massen wird in diesem Jahre

am 1. Mai

das Millionenheer des revolutionären Proletariats marschieren. Auf die Hetze der Faschisten, den Terror der Unternehmer und die Polizeiwillkür ihrer sozialdemokratischen Lakaien gibt die Antwort:

völlige Arbeitsruhe

am Weltkampftag des internationalen Proletariats.

Gegen den drohenden imperialistischen Krieg!
Für die Verteidigung der Sowjetunion!
Gegen Kapitalsoffensive und Schlichtungsdiktatur!
Für Achtstundentag, 45-Stunden-Woche und Lohnerhöhung!
Für ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit!

Unter den roten Fahnen des Klassenkampfes, unter der Führung der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der **Kommunistischen Partei.**

Massen heraus zur wuchtigen Demonstration!

Nieder mit der Koalitionsregierung! Hinweg mit der Polizeidiktatur!
Es lebe der revolutionäre Kampf um die Arbeiterregierung, die Diktatur des Proletariats!

KPD., Bezirksleitung Schlesien.

Aufmarschplan:

Breslau-Ost: Abmarsch um 9 Uhr vom Brockauer Platz.
„ -Nordost: „ „ 9½ „ „ Bauschulplatz.
„ -Nord: „ „ 9½ „ „ Weißenburger Platz.
„ -West: „ „ 8½ „ „ Striegauer Platz.
„ -Süd: „ „ 9½ „ „ Friedr.-, Ecke Holteistr.

Um 10½ Uhr: Massenkundgebung am Schießwerderplatz

Abendveranstaltungen ab 16 Uhr:

Restaurant „Goldener Anker", Lohestraße (Endstation der Linie 16) Hoffmann, Pöpelwitzstraße / Knoblich, Oswitz / „Metropol", Rosenthal

Mordversuch an der Braut

Gestern nacht, gegen 23 Uhr, ist in ihrer Wohnung Malergasse 28 die ledige M. Kutsche mit ihrem Bräutigam, dem Klempner Oskar Kieschel, Altbüßerstraße 56, in Streit geraten. Im Verlauf der Auseinandersetzung wollte Kiesech seiner Braut mit einem Rasiermesser den Hals durchschneiden, brachte ihr aber nur eine etwa zwei Zentimeter lange Verletzung am Halse bei. Hierauf schnitt er sich selbst in den Hals, so daß er in das Allerheiligen-Hospital gebracht werden mußte.

Heute Platzkonzerte!

Freitag von 19 bis 20 Uhr Platzkonzert der Schalmeienkapelle des RFB., Abteilung 6, an der Loheschule, Eingang Brunnenstraße.

Die Abteilung 4 veranstaltet heute, Freitag, von 19 bis 20 Uhr am Striegauer Platz ein Platzkonzert. Arbeiter von West, erscheint recht zahlreich!

Kameradschaftsfest des RFB. Schottwitz-Hundsfeld

Am Sonnabend, dem 20. April, veranstaltet die Ortsgruppe ein Kameradschaftsfest bei Weiner, Friebewalde. Einlaß 19 Uhr. Wir bitten um rege Unterstützung der Breslauer Abteilungen.

An die Arbeiterschaft Breslaus!

Die 6. Abteilung des RFB. (Süd) veranstaltet am Sonnabend, dem 20. April, im Gesellschaftshaus „Silesia", Neudorfstraße 54, ein Kameradschaftsfest mit Konzert, Theater, Verlosung und Tanz. Um zahlreiche Beteiligung der Arbeiterschaft wird ersucht. Einlaß 18 Uhr, Anfang 19 Uhr. Eintritt 80 Pfennig.

Gesangschor „Eos"

Sonntag, von 14 bis 18 Jahr, gemischter Chor, im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße. Da am 1. Mai gesungen wird, ist es Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen.

An den Folgen eines Betriebsunfalles gestorben. Am 9. April verunglückte im Bahnbetriebswerk Mochbern der Aushilfsheizer Josef Wanjek, Kohlenstraße 11 wohnhaft, indem er beim Maschinenanheizen in eine 40 Zentimeter hohe Putzbank fiel und mit der Brust auf die scharfe Kante aufschlug. Er ist gestern an den Folgen des Unfalls, Brust- und Lungenquetschung, verstorben.

Selbstmordversuch. In seiner Wohnung, Viktoriastraße 101, versuchte sich der Arbeiter A. Th. mittels Gas das Leben zu nehmen. Sein Vorhaben wurde jedoch vereitelt.

Polizeiliche Wochenstatistik. In der Woche vom 7. zum 13. April wurden 26 Personen in das hiesige Polizeigefängnis eingeliefert, darunter wegen Mordes eine, Einbruchsdiebstahls 3, einfachen Diebstahls 7, Betruges 4, Unterschlagung 1, Widerstandes 1, Sachbeschädigung 1, Hausfriedensbruchs 1, Arbeitsscheu 4, groben Unfugs 1, steckbrieflich Gesuchte 2, Schutzhaft 2.

Feuerwehralarm aus Unfug. In der Nacht zu gestern wurde die Feuerwehr zweimal aus Unfug alarmiert, und zwar zuerst nach dem Melder Klosterstraße 66, zehn Minuten später nach der Margaretenstraße 2. Die Täter wurden ermittelt und der Polizei übergeben.

Vermißt wird der siebzehnjährige Schüler Fritz Klose, Frankfurter Straße 77, bei den Eltern, wohnhaft gewesen. Beschreibung: 1,50 Meter groß, starke Figur, hellblondes, glattgeschorenes Haar.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. „Die Wunder des Frühlings", ein wertvoller Kulturfilm, steht an der Spitze des Programms. Das Aufblühen der verschiedensten heimischen und tropischen Blumen, ihr Verblühen, ihre Fruchtbildung wird mittels Aufnahme durch den Zeitraffer dargestellt. Außer der Wochenschau läuft der Film „Die Tragödie im Zirkus Royal", ein interessanter Film aus dem Artistenleben, mit stark spukhafter Phantasie und Spannung durchzogener Handlung.

Briefkasten

Gedichte! Einige uns übermittelte, aber zum Abdruck nicht geeignete Gedichte können den Zusendern infolge fehlender Adresse nicht zugestellt werden. Wir ersuchen sie, falls sie auf Rücksendung Wert legen, uns die Adressen zuzustellen.

1. Mai-Debatte im Stadtparlament

Der kommunistische Antrag auf vollkommene Arbeitsruhe abgelehnt, der sozialdemokratische angenommen — Ein schimpfender Studienrat — Kommunistische Abrechnung mit dem „Asteiat"

Die gestrige Stadtverordnetensitzung war teilweise recht stürmisch. Sowohl bei der Aussprache über den Stadtetat wie auch bei der Beratung der Anträge zum 1. Mai — die Sozialdemokraten verschlechterten durch ihren Antrag den schon vor 14 Tagen eingereichten kommunistischen Antrag — kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Nachstehend der Bericht:

Der Anfang der Sitzung bringt die Einführung von Scholz (Dtnl.) zum Stadtverordneten, von Behrendt (Dem.) zum Stadtbaurat und von Schramm (Soz.) zum Stadtrat.

Dann ergreift Genosse Adelt das Wort zur Etatrede:

„Die heutige Etatberatung steht im Zeichen der verschärften Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft. Die Beauftragten der herrschenden Klasse reden überall von Notetats, verlangen „größte Sparsamkeit". Politisch läuft mit dieser Tendenz zu immer rigoroseren Sparmaßnahmen eine Entwicklung zum Sozialfaschismus parallel, der mit diktatorischen Methoden „Ruhe und Ordnung" aufrechterhalten will.

Die Kommunalberatungen müssen im Zusammenhange mit der sogenannten „hohen Politik" betrachtet und nicht etwa von ihr getrennt werden. Besonders am Reichsetat kann man ermessen, wie die Politik der sozialdemokratisch-reaktionären Koalitionsregierung die Interessen der Kapitalisten vertritt. Für die Reichswehr hat man z. B. 750 Millionen ausgeworfen — für Kulturausgaben aber nur 40 Millionen. In Preußen, dem gelobten Lande der Sozialdemokratie, sieht es nicht besser aus. Gab man 1928 noch 372 Millionen Mark für die Polizei aus, so sind es heute 430 Millionen. Selbst die Liebesgaben für die Kirche sind von 71 Millionen (1928) auf 82,4 Millionen gestiegen. Andererseits aber sind die Fürsorgeausgaben von 33 Millionen auf 28 Millionen in diesem Jahre gefallen. Eine solche Entwicklung des Etats, die Steigerung der Ausgaben für den Staatsapparat in Reich und Ländern

hat natürlich seine Auswirkung in den Gemeinden,

weil infolge des steigenden Geldbedarfs von Reich und Staat die den Kommunen verbleibenden Gelder immer geringer werden.

Die Kommunistische Partei stellt zusammenfassend fest: Die Entwicklung, die sie vorausgesagt hat, ist eingetreten. Die SPD. macht in der Regierung dieselbe, und eher noch schlimmere, Politik als der Bürgerblock. (Zwischenrufe der Sozialdemokraten.) Warum werden Sie nervös? (Ermahnungen des Vorstehers Bandmann, „zur Sache" zu sprechen.)

Nun zum Etat, den der Stadtkämmerer vorgelegt hat. Auch an ihm sind Abstriche vorgenommen worden, besonders an den Aufwendungen für das Wohlfahrtsamt. Die Parole hierfür hat der Deutschnationale Thum, der kleine Hugenberg von Breslau, gegeben, als er meinte: Die soziale Fürsorge sei ein sozialer Unfug! Der sozialdemokratische Redner Tilch hat das zwar nicht so brutal offen gesagt, aber auch seine immer wiederkehrende Forderung nach „stärkster Sparsamkeit" liegt auf der gleichen Linie. Auch im vorigen Jahre wurden am Wohlfahrtsetat Millionen „gespart" mit dem Erfolg, daß sie dann später doch durch einen Nachtragsetat hereingeholt werden mußten, weil eben die wirtschaftliche Lage sich zu katastrophal verschlechterte. Ueber die Schulfragen hat in der letzten Sitzung Dr. Wolf vom Zentrum gesprochen und verlangt, man solle von den höheren Schulen nicht mehr als von „Standesschulen" sprechen. Sie sind es aber trotzdem, denn dem Arbeiterkind fehlt die Voraussetzung zum Besuch einer höheren Schule — das Geld.

Ein Punkt, der von ganz besonders einschneidender Bedeutung für die werktätige Bevölkerung ist,

sind die vorgesehenen Gebührenerhöhungen.

Gas, Wasser und Elektrizität sollen verteuert werden. Hinzu kommt, wie im Vorjahre schon, eine Erhöhung der Grundvermögensteuer, d. h. der Miete. Ergänzt wird diese Serie durch die Ankündigung der Straßenbahnverteuerung. Gegen diese Absichten wendet sich die kommunistische Fraktion mit aller Entschiedenheit. Die sozialdemokratische Fraktion hat das alles jedoch mitgemacht. Allerdings, vor den Wahlen vom 20. Mai klang das anders. Da wurde davon geredet, die „rote Fahne auf dem Rathaus zu hissen". In Wirklichkeit aber wurde ein übler Kuhhandel daraus, die komunistisch-sozialdemokratische Mehrheit wurde nicht ausgenützt und den bürgerlichen Parteien der weitere Ausbau ihrer Magistratsmehrheit ermöglicht. Dann und wann wurde den enttäuschten Wählern etwas Eckstein-Honig um den Mund geschmiert. Die Arbeiter aber erkennen immer mehr, daß sie durch das scheinradikale Phrasentum der „linken" Sozialdemokraten betrogen werden. Sie werden einmal die Quittung dafür geben.

Aus allen angeführten Gründen lehnen die Kommunisten den Etat, der das Gesicht der herrschenden Klasse trägt, ab."

Als nächster spricht **Kotzam** (Mieter): In vieler Hinsicht stehen die Breslauer Schulen den Schulen der umliegenden Dörfer nach. 800 Breslauer mit offener Lungentuberkulose haben keine Wohnung. Das Wohnungspflegeamt muß auf Jahre hinaus erhalten bleiben. Das Wohlfahrtsamt geht nicht zu milde, sondern zu streng vor. — **Stein** (Knüppelkunze) redet von der 10 000-Jungfrauen-Kirche (1000 hat er vergessen) und wettert dann gegen die allgemeine „Verjudung" (ironische „Heil"-Rufe), gegen Straßenlärm, Mercedeswagen und Hundesteuer. — Schließlich will auch **Reim** nicht die Gelegenheit vorbeigehen lassen, wenigstens einmal in seinem Leben zum Breslauer Etat gesprochen zu haben. Um dieses Vergnügens willen hat er sich bereits Tage vorher in große Unkosten gestürzt. Weniger in geistige als vor allem in materielle, indem er nämlich im Stadtverordnetenbüro die Etatrede des Genossen Ammon, die dieser voriges Jahr gehalten hatte, für 5,40 Mark wortwörtlich abschreiben ließ. Allerdings ist ihm dann nachher ein falsches Konzept in die Hände gekommen. — Wir schätzen: die noch herauszugebende sozialdemokratische Rededitposition für den nächsten Kommunalwahlkampf — und so wurde folgendes daraus: „Meine Damen und Herren! Ich bin nicht gegen die Polizei überhaupt (freudiges „Hört, hört" bei der SPD. und den Deutschnationalen), sondern dafür, daß die Gewerkschaften die Kräfte für die Polizei stellen (!) . . . Der sozialdemokratische Redner Herr Tilch hat ein Referat gehalten, das von Sachkenntnis glänzte . . . Wenn wir den linken Block haben, dann braucht sich unser Kämmerer (Dr. Friedel ein streng „nationaler" Mann! Die Red.) keine grauen Haare mehr wachsen lassen, dann hat er Geld in Hülle und Fülle" usw. usw. Das genügt wohl fürs erste. Gesagt sei nur noch, daß die Sozialdemokraten auch nicht mit einer Silbe angegriffen wurden. Zum Dank war Tilch in seinem Schlußwort voll Lobes für den kleinen Reim und freute sich im Gegensatz zu Adels „rein politischer Rede" über des ersteren „Sinn für Realpolitik". Bezeichnend!

Nach Abschluß der Gesamtaussprache über den Etat wird in die Behandlung der einzelnen Punkte der Tagesordnung eingetreten. Die kommunistische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht, der von dem **Genossen Adelt** begründet wird:

„Um allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der städtischen Dienststellen und Betriebe die Teilnahme an der Maidemonstration zu ermöglichen, beantragen die Unterzeichneten, die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, am 1. Mai in sämtlichen Dienststellen und Betrieben die Arbeit ruhen zu lassen. Nur die lebensnotwendigen Arbeiten sind zu verrichten. Für diese Arbeiten sind die tariflichen Zuschläge zur Sonntagsarbeit zu zahlen. Eine Verrechnung des Feiertages auf den Erholungsurlaub oder eine Kürzung des Arbeitslohnes tritt nicht ein."

Die Sozialdemokraten haben, nachdem sie bisher geschlafen hatten, einen anderen Antrag eingebracht, der Sonntagsarbeit, Straßenbahnruhe von 9 bis 12 Uhr verlangt, aber die Frage der Bezahlung des Arbeitsausfalles im Gegensatz zum kommunistischen Antrag offen läßt — mit voller Absicht, um hier dem Magistrat die berüchtigte „freie Hand" zu lassen. In der Debatte über den Antrag macht der Kämmerer Dr. Friedel mit den Kosten gruselig, die das Feiern am 1. Mai verursacht, und die sich angeblich auf 50 000 Mark belaufen sollen. Er kündigt schon jetzt an, daß der Magistrat diesem Antrage nicht beitreten wird! Von besonderem Interesse sind die Ausführungen des deutschnationalen „Arbeiter"sekretärs Buchner, der behauptet, der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär

Blank hätte erklärt, die Straßenbahn könne nicht von 9—12 Uhr stillgelegt werden, weil dadurch die Demonstranten zu müde würden (!!).

Es sprechen noch gegen den Antrag Daumann (Zentrum) und der Fleischermeister Kiefer (Volkspartei), der unter tosendem Gelächter fordert, daß man ihm zumindest sein Fleisch und seine Wurst anfahren muß. Für den Antrag spricht mit großem Pathos Krumm (Soz.) Er wird aber sehr still, als **Genosse Adelt** im Schlußwort ihn an das Verhalten seines Berliner Polizeiknüppelgenossen Zörgiebel erinnert und dessen noch das wilhelminische Säbelregiment übertreffenden Maiterror anprangert. Der kommunistische Antrag wird gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt; der sozialdemokratische Antrag mit 47 gegen 39 Stimmen (darunter zwei Mieter!) angenommen. Zwischendurch kommt es zu einem

heftigen Zusammenstoß unserer Genossen mit dem Zentrums-„Akademiker" Dr. Wolf,

der Genossen Adelt zuruft, er sei, um die Religion zu verstehen, „zu dumm". In großer Erregung springt darauf **Genosse Jylla** auf, nennt Dr. Wolf unter Beifall einen Lausigel, und auch **Genosse Adelt** läßt in einer persönlichen Bemerkung den „vornehmen" Zentrumsstudienrat gehörig abfahren. In dem allgemeinen Sturm versucht der Vorsteher Bandmann sich Gehör zu verschaffen, um dann freigebig „Ordnungsrufe" an unsere Genossen auszuteilen.

Der Schluß der Sitzung bringt unwichtigere Vorlagen, die ohne Widerspruch angenommen werden, bis auf die Gehaltsfestsetzung für den neuen Stadtrat Behrendt, gegen die unsere Genossen stimmen.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau
— Stadtteil Nord. Straßenzellenkassierer Sonnabend von 18 bis 20 Uhr bei Genossen Schubert Maiabzeichen und Programme abholen.
— Stadtteil 4 (Süd). Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Funke, Zobtenstraße 12. Referent anwesend.
Königszelt. Freitag 20 Uhr im Gasthaus „Zur preußischen Krone" Mitgliederversammlung. Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht!
Freiburg. Freitag 19,30 Uhr im „Goldenen Anker" öffentliche Versammlung „Gegen den Faschismus".
Schweidnitz. Sonnabend 19,30 Uhr bei Hübel Mitgliederversammlung. Alle Genossen und Genossinnen müssen erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau
— Agitproptruppe Sonntag pünktlich 15 Uhr in der „Stadt Namslau". Gästen ist der Zutritt nicht gestattet!
— Nord. Sonntag 8 Uhr an der Hindenburgbrücke, Matthiasstraße. Genossen anderer Gruppen können sich beteiligen! Abmarsch pünktlich 8,30 Uhr!
Ohlau. Sonntag 9,30 Uhr Generalmitgliederversammlung bei Schmidt („Stadt Oels"). Referent anwesend.
Görlitz. Freitag 20 Uhr erster Heimabend unserer neuen Gruppe Ost im Jugendheim, Berglergasse.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau
— Abt. 2. Freitag 20 Uhr Funktionärsitzung bei Melzig, Uferstraße. Alle Funktionäre haben unbedingt zu erscheinen.
— Abt. 3. Sonntag 10,30 Uhr erscheinen alle Kameraden in Bundeskleidung in der „Stadt Namslau. Kapelle vollzählig!
— Abt. 4. Freitag 18,30 Uhr Platzkonzert am Striegauer Platz.
— Abt. 6. Freitag pünktlich 18,30 Uhr Antreten der Kapelle mit Abteilung zum Platzkonzert an der Loheschule.
Waldenburg. 1. Abteilung. Freitag 19 Uhr im „Stern", Waldenburg, Gottesberger Straße, Kameradschaftsabend.
Liegnitz. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Preußischen Hof".

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau
— Heute pünktlich 19 Uhr Sitzung der Agitproptruppe im Büro Freiheitsgasse 2.
— Sonntag Landpropaganda. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr Anderssenstraße 1.

Rote Jungfront

Breslau
— Freitag 20 Uhr alle Breslauer Agitprobleiter bei O. H., Oderstraße 17.
— Freitag 20 Uhr Gesamtfunktionärsitzung im Gaubüro, Fischergasse.

Sonstige Organisationen.

Weißstein. Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Sonntag 9 Uhr in der „Gemeindemühle" Mitgliederversammlung.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Nur noch heute um 5 und 8 Uhr:

Frühlingswunder

Entfaltung und Blühen von Blumen im Film

Ferner:

Tragödie im Zirkus Royal

Übliche Preise — Jugend verboten

Waldenburger Bergland

Metallarbeiter beschließen Arbeitsruhe und Demonstration am 1. Mai

In der letzten Generalversammlung der Waldenburger Metallarbeiter sprach Wiesmann, 2. Arbeitsamtsvorsitzender, ehemaliger Arbeitersekretär, über die Arbeitslosenversicherung. In der Debatte wurde von den oppositionellen Kollegen auf den reaktionären Charakter des Gesetzes sowie auf die hinzugekommenen Verschlechterungen hingewiesen, an denen die sozialdemokratischen, dem Verband angehörenden Minister die Hauptschuld tragen. Anstatt, was die Hauptsache ist, Maßnahmen zu treffen, um die Arbeitslosigkeit zu vermindern: Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitsbeschaffung usw., machen die famosen „Ministerkollegen" durch Anwendung des Schlichtungszwanges das Gegenteil. Pflicht des Staates sei es, für die Opfer der Arbeit zu sorgen. Statt dessen will man durch Erhöhung der Beiträge und Kürzung der Bezüge die Arbeitenden noch mehr belasten. Solche „Sozialisten" haben das Recht verwirkt, sich so zu nennen und dem Verband noch weiter anzugehören. Diese klare Sprache und Kritik brachte den „Halbakademiker" Wiesmann aus dem Häuschen und er versuchte, sich mit Mätzchen herauszureden. Schließlich versuchte er die Versammlung zu provozieren, doch erhielt er entsprechenden Bescheid. Als „belesener" Marxist will er nicht wissen, daß Marx den Sturz der bürgerlichen Gesellschaftsordnung propagierte! — Aber, er wollte sich ja gern belehren lassen — —!

Unter „Anträge" wurde kritisiert, daß Daßler mit seinen Freunden in der Ortsverwaltung dem Antrage Thomas und Rother nicht entsprochen habe, indem er statt einen Wirtschaftsschüler, Wiesmann einen Vortrag halten ließ. Er versprach, dies zur nächsten Versammlung nachzuholen. Den Coup des Abends bildete jedoch der **Angriff zweier SPD.-Kollegen gegen die Personalpolitik Daßlers** und seiner engeren Freunde. Danach hat Daßler erwirkt, daß als Hilfskraft in das Büro ein Mädel eingestellt wurde, dessen Vater unorganisiert ist, obwohl er selbst seinen Genossen empfohlen hatte, ihre Töchter zur Bewerbung zu veranlassen und auch geeignete Bewerbungen seitens Kindern von Verbandskollegen vorlagen. Anscheinend hat Daßler ein Interesse daran, verbandsfremdes Personal zu beschäftigen. Kritik wollte er nicht zulassen, und drohte mit Schließung der Versammlung, was große Entrüstung hervorrief. Ohne die Frage des 1. Mai anzuschneiden, wollte Daßler die Versammlung schließen, was durch den Antrag Becker verhindert wurde, der besagte, daß der 1. Mai

mit Arbeitsruhe und Demonstration

gefeiert werden solle. Da anscheinend der Ortsausschuß des ADGB. eine SPD.-Filiale ist, sollen die

Verbandsmitglieder aufgefordert werden, mit der KPD. gegen Kriegsgefahr, Kriegsrüstungen und Koalitionspolitik, für den Achtstundentag, Abrüstung und ausreichende Sozialpolitik zu demonstrieren.

Eine schwache Mehrheit lehnte den letzten Satz ab. Nun, wir wissen, daß gerade dort, wo die reformistische Hochburg ist und kein Kommunist Zutritt hat, nämlich in der Carlshütte, fast jedes Jahr fast restlos gearbeitet wird. Sogar Funktionäre wagen vielfach nicht zu feiern. Wir werden sie diesmal beobachten und ihre Namen veröffentlichen! Für die braucht allerdings ein Grzesinski oder Zörgiebel kein Verbot oder Warnung erlassen! Es sieht aber in dem Betriebe, weit schlimmer auf den Montagen, auch danach aus!

Metallarbeiter, erst recht und alle Mann am 1. Mai mit der KPD. demonstrieren!

Zum 1. Mai ist die Jugend die 1. Reihe

Der Weltfeiertag des internationalen Proletariats rückt immer näher heran. In allen Ländern werden die klassenbewußten Arbeiter am 1. Mai aufmarschieren, um den Kapitalisten zu zeigen, daß die revolutionäre Kraft des Proletariats trotz aller Schikanen und Unterdrückungsmaßnahmen von seiten ihrer SPD.-Lakaien immer gewaltiger wird. In vorderster Reihe des marschierenden Proletariats muß das Banner der immer kampfbereiten Jugend wehen! Der Kommunistische Jugendverband wird für die Forderungen des revolutionären Jungproletariats, welche seine Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aufgestellt haben, mit den Arbeiterburschen und den Arbeitermädeln aufmarschieren! Er wird weiter zeigen, daß er jederzeit zur Tat bereit ist, wenn es gilt, die Sowjetunion gegen alle ihre Feinde zu schützen! Vorwärts, ihr jungen Arbeiter und Arbeiterinnen!

Ihr SAJ.-Genossen, die ihr unzufrieden seid mit eurer Partei, die schon längst den Stempel des Verrats trägt, marschiert in erster Reihe zum 1. Mai mit dem KJVD. für den Sturz des Kapitalismus, gegen den immer frecher werdenden Faschismus! Gegen die Feinde der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg!

Für die proletarischen Jugendforderungen! Für die Errichtung eines Sowjet-Deutschlands!

Unterbezirksleitung des KJVD. Waldenburg.

Delegiertenkonferenz des UB. Waldenburg

Am Sonntag, dem 21. April, 9 Uhr, findet in Waldenburg, Lokal „Zum Edelstein", die Unterbezirksdelegiertenkonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Reichs- und Bezirksparteitag; 2. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag; 3. Bericht über den Stand der Vorbereitungen zum 1. Mai.

Erscheinen müssen alle in den Mitgliederversammlungen gewählten Delegierten. Die anderen Mitglieder haben als Gäste Zutritt. Die Konferenz beginnt pünktlich um 9 Uhr. — Unterbezirksleitung Waldenburg.

Bergmannslöhne unter Tarif

Ein auf der Fuchsgrube in Weißstein beschäftigter Bergmann schreibt uns: Der Lohntag im Waldenburger Revier vom Monat März ist als einer der miserabelsten zu verzeichnen. Geradezu beschämend ist es, wenn die Arbeiter, die vor den Schalter treten, in der Hoffnung, ein paar Pfennige Lohn zu erhalten, eine große Enttäuschung erleben müssen, indem sie den leeren Beutel in die Hand gedrückt bekommen, worauf in großen Lettern „Rest" geschrieben steht. Nur wenige Arbeiter hatten das Gedinge-Durchschnittslohn — 6,90 Mark — erreicht und konnten etwa 25 Mark Lohn erhalten. Die meisten Arbeiter hatten einen Lohn von zehn bis zwanzig Mark. Daraus ist zu ersehen, daß bei normaler Gedingearbeit nicht einmal der Tarif in Betracht gezogen wird, sondern die Arbeiter unter dem Tariflohn bezahlt werden. Die Grubenverwaltungen brachten es sogar fertig, den Lohn nicht am 15., sondern erst am 16. auszuzahlen. Laut Tarif soll der Mindestlohn wie auch der Durchschnittslohn ab 1. April um zehn Pfennig pro Schicht erhöht werden. Wie aber die Erhöhung aussieht, davon kann man sich jetzt schon ein Bild machen. Die Gedinge wurden wieder wie im Februar gesetzt oder sogar erhöht, so daß also die Zulage wieder nur auf dem Papier steht und in Wirklichkeit nichts davon zu merken ist. Viele Positionen erreichen bei ihrem Gedinge nicht einmal den Mindestlohn von 5,84 Mark. Damit es dann nicht heißt, die Berggewaltigen sind schlechte Leute, geben sie den Arbeitern 20 bis 30 Pfennig mehr. Trotzdem also die Arbeiter im Gedinge schuften und angetrieben werden bis aufs äußerste, werden sie nicht einmal mit dem Durchschnittslohn von 6,90 Mark bezahlt. Wie wird aber der Durchschnittslohn aufgebracht, damit die Grubengewaltigen wenigstens zum Schein tarifmäßig bleiben? Folgendes Beispiel sei angeführt: Vor einer Position sind 30 Arbeiter beschäftigt, welche im Monat 25 Schichten verfahren, also 750 Schichten insgesamt. Verdienst pro Schicht 6,60 Mark, insgesamt 4950 Mark. (Also es fehlen noch 30 Pfennig zum Durchschnittslohn pro Schicht.) Von diesen 30 Arbeitern werden aber im Monat 36 Beischichten verfahren bei demselben Verdienst, der 237,60 Mark beträgt. Dadurch wird ein Gesamtverdienst von 5187,60 Mark erzielt. Diese Summe wird aber nur mit den normalen Schichten berechnet, und darum ist auch der Durchschnittslohn um einige Pfennige überschritten worden. Aus dieser Berechnung kann man also deutlich ersehen, daß nur durch die Beischichten der Durchschnittslohn erreicht wird. Die Arbeiter aber, welche Beischichten verfahren, haben wohl am Abschlag mehr, am Lohn aber desto weniger.

Es ist höchste Zeit, daß die Bergarbeiter, ohne das Jahr 1930 abzuwarten, auf dem Wege einer zwischentariflichen Lohnbewegung ausreichende Löhne erkämpfen.

Unterbezirksleitungssitzung Waldenburg. Am Sonntag, dem 21. April, 8 Uhr, findet in Waldenburg, im Lokal „Zum Edelstein", eine Sitzung der gesamten Unterbezirksleitung statt. Die Sitzung beginnt pünktlich um 8 Uhr. Nach Schluß nehmen die Mitglieder geschlossen an der Delegiertenkonferenz teil. — Unterbezirksleitung Waldenburg.

Weißstein. Der Verband für Feuerbestattung hält am Sonntag, 9 Uhr, in der „Gemeindemühle" seine Mitgliederversammlung ab.

Landeshut

Liebau. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne, die seit ihrer Gründung durch regste Anteilnahme der Mitgliedschaft sich in Kursen für die Hilfeleistung bei Unfällen geschult hat, ist jetzt in der Lage, sich den Arbeiterorganisationen zur Verfügung zu stellen. Die Organisationen erhielten eine dementsprechende Mitteilung des Leiters.

Achtung, Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen!

Sonntag, 21. April

Im Unterbezirk Waldenburg im „Edelstein", um 9,30 Uhr.
Im Unterbezirk Langenbielau in Dinters Gesellschaftshaus um 9,30 Uhr.
Im Unterbezirk Striegau in Königszelt, Lokal „Friedrichsdenkmal", um 9,30 Uhr.
Im Unterbezirk Grünberg, Lokal „Luisenthal", um 9,30 Uhr.

Alle Ortsgruppenleitungen werden verpflichtet, dafür zu sorgen, daß alle Delegierten restlos an diesen Konferenzen erscheinen.

Bezirksleitung, Org.-Abteilung.

Niederschlesien

Görlitz

Wieder Taschendiebe. Auf dem Bahnhof wurde einer Frau beim Besteigen eines Zuges die Geldbörse aus der Handtasche gestohlen. Von anderen Bahnhöfen an der Strecke Görlitz—Dresden sind ähnliche Diebstähle gemeldet worden. Anscheinend sind reisende Taschendiebe am Werke.

Niesky

Leichenfund im Tonloch.

Seit dem 8. März wurde der Kupferschmied Rudolf Hilbrich aus Neuödernitz vermißt. Jetzt fand man seine Leiche in einem Tonloch der Grube Graf Zinsendorf.

Todessturz in eine Grube. Im Betriebe der Firma Christoph u. Unmack, Abteilung Waggonbau, stürzte der verheiratete Schlosser Ullrich von einem im Bau befindlichen Waggon in die darunter liegende Grube. Er brach das Genick und war auf der Stelle tot.

Lauban

Heraus zur Maifeier!

Arbeiter und Arbeiterinnen von Lauban und Umgegend! Infolge des Verhaltens des ADGB.-Ortsausschusses ist auch dieses Jahr eine gemeinsame Demonstration am 1. Mai hier am Orte nicht möglich. Arbeiter, die Gewerkschaften fordern euch genau so wie voriges Jahr auf, einen Ausflug ins Grüne zu machen, und denken, wenn sie abends das Tanzbein schwingen, genug für die Forderungen der Arbeiterschaft getan zu haben. Deshalb fordert die Kommunistische Partei die Laubaner Arbeiterschaft auf, zu der am 1. Mai, 14 Uhr, auf dem Marktplatz unter revolutionären Losungen stattfindenden Kundgebung in Massen zu erscheinen. Protestiert durch einen Massenaufmarsch gegen das drohende Verbot der Kommunistischen Partei und des Roten Frontkämpferbundes. Fordert mit uns gemeinsam den Achtstundentag, ausreichende Löhne, Brot und Arbeit für die Erwerbslosen. Marschiert mit uns für ein Sowjet-Deutschland und für die proletarische Weltrevolution. Laßt die Arbeit am 1. Mai ruhen! Außerdem weisen wir darauf hin, daß die Garten- und Saalveranstaltung, zu der Programme zum Preise von 50 Pfennig im Vorverkauf zu haben sind, im „Steinberg-Restaurant" auf dem Steinberge stattfindet, und erwarten zahlreichen Besuch.

Selbstmord eines Rentners. Wegen eines unheilbaren Magenleidens setzte der Invalidenrentenempfänger August Wagner seinem Leben freiwillig ein Ende.

Sagan

Vieluf spukt! In den umliegenden Orten von Wiesau herrscht dieser Tage große Erregung, da Vieluf sich in der Gegend aufhalten soll.

Grünberg

Erwerbslose, Achtung!

Am Sonnabend, 15 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Frieden", Erwerbslosenversammlung, Referent aus Breslau anwesend. Erwerbslose und Werktätige, erscheint in Massen! — **Der Erwerbslosenausschuß.**

Achtung!

Am Sonntag, 15 Uhr, findet in Schlesisch-Rettkow, im Gasthof Furkert, eine öffentliche Volksversammlung statt. Referent anwesend! Kleinbauern, Landarbeiter und Werktätige, erscheint restlos!

Haynau

Protestiert gegen den Schanderlaß!

Die Ortsleitungen der Partei sowie des RFB. berufen hiermit zu Freitag, den 19. April, um 20 Uhr im Volkshause eine öffentliche Mitgliederversammlung ein. Alle Genossen, RFB.-Kameraden, Zeitungsleser und Freunde der Bewegung müssen an dieser Versammlung teilnehmen.

Liegnitz

Der Genosse Töpfer

wurde am Montagvormittag in das Untersuchungsgefängnis nach Breslau übergeführt. Der von den Liegnitzer Arbeitern an seinem Geburtstag veranstaltete Aufmarsch vor dem Gefängnis wurde von der Polizei als „Versuch zur Gefangenenbefreiung" angesehen, wie wir jetzt erfahren haben.

Maiaufruf!

Das Liegnitzer revolutionäre Proletariat veranstaltet unter Führung der KPD. und des RFB. auch dieses Jahr eine Maidemonstration. Es ist Pflicht aller Genossen und Kameraden, schon jetzt auf dem Arbeitsamt und unter den Kollegen auf der Arbeitsstelle sowie in Bekanntenkreisen rege Propaganda zu machen. Der Vorverkauf zur Saalveranstaltung am 1. Mai im „Habsburger Hof" hat begonnen. Eintrittskarten zu 30 Pfennig sind bei allen Funktionären der Partei, des RFB. und der Jugend zu haben. Die Maifeier muß zu einer Massenkundgebung werden.

Alle Parteigenossen, die ihrer Pflicht noch nicht nachgekommen sind, Reichsparteitagsmarken zu kleben, werden ersucht, dies sofort nachzuholen.

Arbeitersport

Breslauer Fußballserienspiele für den 21. April.

16,30:	Freiheit I — Oels I, Gröschelwiese, Serinek
14,30:	Freiheit II — Oels II, Gröschelwiese, Sagawe J.
16,30:	Hertha I — Stern I, Gräbschen, Scharte
14,30:	Hertha II — Stern II, Gräbschen, Eckert P.
16,30:	Sturm I — Union I, Maria-Höfchen, Heine
14,30:	Sturm II — Union II, Maria-Höfchen, Zebel H.
16,30:	Sparta I — Trebnitz I, Schlachthof, Alobinski G.
14,30:	Sparta II — Trebnitz II, Schlachthof, Kunze
16,30:	Einigkeit I — FSV. I, Mochbern, Engel
14,30:	Einigkeit II — FSV. II, Mochbern, Pusske O.
16,30:	BfR. I — Bernstadt I, Riemannshöhe, Stempniewitz
16,30:	Wacker I — BfL. I, Bebelpark, Machner
14,30:	Wacker II — BfL. II, Bebelpark, Grossert
16,30:	1924 I — Hundsfeld I, Gröschelwiese, Gomille
14,30:	1924 II — Hundsfeld II, Gröschelwiese, Berger R.
16,30:	BfL. I — Rapid I, Gandau, Stiller
14,30:	BfL. II — Rapid II, Gandau, — — —
??,??:	1921 I — BSC. 1928 I, ? ? ? ? Halter H.
??,??:	1921 II — BSC. 1928 II, ? ? ? Koitwitz
16,30	Bratislavia I Fr. Sportfr. I, Jankholzwiese, Genärsch
14,30:	Bratislavia II — Fr. Sportfr. II, Jankholzwiese, Gründel O.
16,30:	Oswitz I — West I, Leipe, Grunert R.
14,30:	Oswitz II — West II, Leipe, Stuller
16,30:	Vorwärts I — Eil. Kickers I, Stadion, Ulbrich G.
14,30:	Vorwärts II — Eil. Kickers II, Stadion, Gabel
16,30:	Südost I — Strehlen I, Klettendorf, Kronig
14,30:	Südost II — Strehlen II, Klettendorf, Sauer W.
16,30:	Koberwitz I — BfB. I, Koberwitz, Kühndel
10,00:	Südost III — Sportfreunde III, Klettendorf, Stenzel
10,00:	Sturm III — BfL. III, Mariahöfchen, Hoffmann B.
10,00:	Sparta III — Südost IV, Schlachthof, Spiller
10,00:	Wacker III — Einigkeit IV, Bebelpark, Polesche
10,00:	BfB. III — Eil. Kickers III, Oltaschin, Fränkel
10,00:	Freiheit III — BfL. IV, Gröschelwiese, Klose
9,00:	Einigkeit III — Stern III, Mochbern, Salastowitz

Jugendmannschaften:

10,00:	Eil. Kickers 1. — Südost 1., Stadion, Knobloch
10,00:	West 1. — Trebnitz 1., Eichenpark, Berndt
10,00:	FSV. 1. — Hundsfeld 1., Bebelpark, Hecht
10,00:	BfL. 1. — Fr. Sportfr. 1., Gandau, Heilmann
11,00:	Union 1. — Oels 1., Dt.-Lissa, Scharf
10,00:	Bratislavia 1. — 1924 1., Gröschelwiese, Hoffmann M.
10,30:	Einigkeit 1. — 1928 1., Mochbern, Blum
10,00:	Union 2. — Süd 2., Dt.-Lissa, Scharf
9,00:	Eil. Kickers 2. — West 2., Stadion, Jünschke

Oels. Die Kartell-Monatsversammlung findet Sonntag 9 Uhr im „Oberschlesier" statt.

Königszelt. Am Sonntag, dem 14. April, standen sich im Serienspiel Konradswaldau I und Königszelt I gegenüber, das Königszelt nach technisch überlegenem Spiel gegen die sehr eifrig spielenden Konradswaldauer mit 4:0 (3:0) gewann. Am 7. April mußte sich Sparta Striegau ebenfalls mit 2:1 vor Königszelt beugen. Der Stand nach den ersten zwei Serienspielsonntagen der ersten Gruppe des 6. Bezirks ist folgender: Sturm-Stanowitz 2 Spiele, 2 gew., 18:0 Tore, 4 Punkte; F. T. Königszelt 2 Spiele, 2 gew., 6:1 T., 4 P.; Konradswaldau 2 Spiele, 1 gew., 1 verl., 4:6 T., 2 P.; 1a Sparta-Striegau 2 Spiele, 1 gew., 1 verl., 1:2 T., 2 P.; 1b Sparta-Striegau 2 Spiele, 2 verl., 0:8 T., 0 P.; Saarau 2 Spiele, 2 verl., 0:14 T., 0 Punkte.

Zirlau. Fußball. Im weiteren Verlauf der Serie steigen Sonntag auf hiesigem Gemeindesportplatz folgende Spiele: Stern II gegen Freie Sportfreunde II, Dittersbach, um 13,30 Uhr; Stern I gegen Freie Sportfreunde 1, Dittersbach, um 15,20 Uhr.

Weißstein. Weißstein — Freiburg 2:1 (1:1). Die erste Elf, welche beiderseits voll ins Feld ging, zeigte ein gutes, faires Spiel, wobei die Weißsteiner bald nach Anstoß in Führung gingen. Kurz vor Halbzeit konnten die Freiburger jedoch den Ausgleich schaffen. Nicht allzu weit vom Schlußpfiff konnte Weißstein durch einen guten Durchbruch den zweiten Treffer erzielen. Weißstein hat die Punktzahl auf 6 erhöht und schreitet an der Spitze in der A-Klasse. Weißstein III verlor gegen Freiburg II 2:4; Weißstein 1. Jgd. verlor gegen Freiburg 1. Jgd. 0:1; Weißstein 2. Jgd. gewann gegen Freiburg 2. Jgd. 2:1.

Neu-Krausendorf. Erfolgreiche Veranstaltung. Am 14. April veranstalteten die Arbeitersportvereine Neu-Krausendorfs eine gemeinsame Sportveranstaltung. Die Vorführungen der einzelnen Sparten waren gut und wirkten werbend für den Arbeitersport. Das wird wohl hoffentlich ein Ansporn sein für die Arbeiter, die sich immer noch in den bürgerlichen Sportvereinen aufhalten, und wird sie zurückrufen in die Reihen der Arbeitersportler. Arbeitersportler, zeigt dieselbe Geschlossenheit wie beim Sportfest auch am Weltfeiertag des Proletariats, am 1. Mai. Demonstriert unter roten Fahnen, gegen den imperialistischen Krieg, für den Achtstundentag, gegen den Reformismus, für die Diktatur des Proletariats

Oberschlesien

Hindenburger Kriegs- und Arbeitsopfer gegen soziale Reaktion gegen den Verrat der bürgerlich-reformistischen Verbände

Am 14. April cr., um 15,30 Uhr fand hier in Hindenburg im Saale bei Pietzka, Glückaufstraße, die erste öffentliche Versammlung der Ortsgruppe des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit statt. Als Referent erschien in der Versammlung der Gauleiter des Bundes für Schlesien, Genosse Heiden. Die Versammlung war, mit Rücksicht auf das erst mehrwöchige Bestehen der Ortsgruppe, sehr gut besucht. Genosse Heiden ergriff nach der Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden, den Genossen Hoenisch, das Wort zu seinem Referat. Er schilderte die rücksichtslosen Abbaumaßnahmen der sozialdemokratischen Koalitionsregierung auf sozialpolitischem Gebiet auf Verlangen der besitzenden Klasse, entlarvte an Hand von Beweisen das verräterische Treiben des Zentralverbandes (Karsten) und des Reichsbundes zum Schaden der Opfer des Krieges und der Arbeit und gab bekannt, wie diese Verräter die berechtigten Forderungen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit z. B. auf Herabsetzung der Altersgrenze für die Altersinvaliden, auf Einbeziehung der abgefundenen Kriegsopfer in die Versorgung, auf Erhöhung der Renten sabotieren, und er führte der Versammlung vor Augen, wie damit von diesen Führern der genannten Verbände Handlangerdienste für die kapitalistische Klasse geleistet werden, zum Schaden der Opfer. Er führte an Hand von tatsächlichen Beispielen der Versammlung den Beweis, wie unterschiedlich in dem heutigen Klassenstaat die Opfer behandelt und mit Rente betreut werden, wonach ein Offizier fast das Zehnfache an Rente mehr erhält wie ein ehemaliger Soldat, und wonach eine Offizierswitwe fast das Zehnfache an Rente mehr erhält wie die Witwe eines einfachen Soldaten. Er verurteilte dabei auch das gleichgültige Verhalten der Opfer des Krieges und der Arbeit aus Arbeiterkreisen, die durch das Verbleiben in den reformistischen und bürgerlichen Verbänden nur die Abbaumaßnahmen der Regierung und ihrer Hintermänner auf sozialpolitischem Gebiete unterstützen, und er forderte auch die jetzt noch im Erwerbsleben stehenden Proletarier auf, sich in diesem Bund zu organisieren, da in seinem bergmännischen Beruf er jeden Tag ein solches Opfer der Arbeit werden kann und sofort zur Wahrung seiner Rechte eine solche Organisation hinter sich haben müsse. Seine rein sachlichen und erschütternden Ausführungen fanden stürmischen Beifall. Genosse Heiden stellte hierauf seine Ausführungen zur Diskussion.

Obwohl ein Vertreter des „Kyffhäuserbundes" zur Beobachtung entsandt worden ist, hat sich niemand zum Wort gemeldet, der gegen die Ausführungen gesprochen hätte; was der beste Beweis dafür ist, daß Genosse Heiden mit seinen Ausführungen Recht hatte. Es haben sich zur Diskussion Gleichgesinnte gemeldet, die krasse Beispiele für den Verrat der bürgerlichen Verbände angeführt und die Ausführungen des Genossen Heiden unterstrichen haben. Danach wurde auf Anregung des Genossen Smetzel folgende Resolution verfaßt:

„Die heute am 14. April 1929 um 15,30 Uhr in Hindenburg (Oberschlesien) im Saale bei Pietzka, Glückaufstraße, versammelten Opfer des Krieges und der Arbeit erheben gegen die gegenwärtigen Versorgungsmaßnahmen des Reiches und des preußischen Staates, gegen die Ausbeutung der armen Sozialrentner und der Kriegsbeschädigten auf Kosten der Arbeiter den schärfsten Protest und fordern, daß den niedergelegten Forderungen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit auf Erhöhung der Renten, auf Herabsetzung der Altersgrenze bei den Invaliden von 65 auf 50 Jahre, auf Einbeziehung der abgefundenen Kriegsbeschädigten in die Versorgung usw. restlos stattgegeben wird. Weiter fordern die oberschlesischen Knappschafts- und Altersinvaliden eine Abänderung des § 106 des Reichsknappschaftsgesetzes und protestieren dabei gleichzeitig gegen den Verrat der anderen sozialpolitischen Verbände zum Schaden der Kriegs- und Arbeitsopfer.

Die Versammlung fordert alle Opfer des Krieges und der Arbeit in deutschen Reiche und auch die im Erwerbsleben stehenden klassenbewußten Arbeiter auf, sich dem Internationalen Bund — als dem Bund, der nur allein wahr und intensiv die Interessen der genannten Opfer vertritt — anzuschließen und ihn dadurch in seinen Forderungen zu unterstützen."

Nach der Diskussion erklärten mehrere Versammlungsteilnehmer offen den Uebertritt aus den anderen Verbänden in den Internationalen Bund.

Bemerkt sei nur noch, daß zu dieser Versammlung, die nur rein sachlich die Belange der Kriegsbeschädigten, der Invaliden und der Hinterbliebenen betraf und einen ruhigen Verlauf nahm, zwei Schupisten vor das Versammlungslokal und ein Kriminalist in das Lokal beordert wurden. Das beweist wieder einmal so richtig die verfassungsmäßig gewährleistete Versammlungsfreiheit.

„Osterstimmung" auf dem Gleiwitzer Arbeitsamt

Unter Berufung auf den Paragraphen 11 des Pressegesetzes bringen wir nachstehende Berichtigung des Polizeipräsidenten Beck:

Der unter obiger Ueberschrift in der Nr. 77 der „Arbeiter-Zeitung" vom 4. 4. 1929 veröffentlichte Bericht enthält unwahre Angaben.

Unwahr ist, daß ein Schutzpolizeibeamter den Sprechenden rücklings gefaßt, auf das harte Straßenpflaster geworfen, ihm einen Tritt in den Magen versetzt und auf ihn eingeschlagen hat. Wahr ist vielmehr, daß der Buchbinder Jakubitzki, der vor einer großen Menschenmenge eine aufreizende Rede hielt, den an ihn herantretenden Beamten mit der Faust ins Gesicht schlug, ihn durch Beinstellen zu Fall zu bringen versuchte, daß gleichzeitig mehrere Versammlungsteilnehmer den Beamten von hinten faßten, ihn zu Boden warfen, und daß Jakubitzki ihm dann mehrere Male mit der Faust ins Gesicht schlug. Erst als ein zweiter Beamter zu Hilfe eilte, zerstreute sich die Menge.

*

Der Bericht, den wir hierüber brachten, stammt von Augenzeugen. Wir bringen unseren Teil aus dem Bericht zur Gegenüberstellung der Berichtigung:

„Ein anderer Kollege nahm das aber von der ernsten und richtigen Seite, sprach von der ungenügenden Wirtschaftshilfe, brandmarkte die sozialdemokratische Koalitionsregierung, geißelte das „soziale" Gesicht des Magistrats, und als er gerade über die ruhmvolle Arbeitsfürsorge des Herrn Dr. H. sprach, sprang ein Schupist aus dem Arbeitsamt, warf den Sprechenden rücklings gefaßt aufs harte Straßenpflaster und versetzte dem halbverhungerten Proleten einen Tritt in den Magen und schlug auf ihn ein."

Der proletarischen Oeffentlichkeit überlassen wir das Urteil.

Gleiwitz

Kampfaufmarsch am 1. Mai hinter den Fahnen der KPD. und des RFB.

Klassengenossen!

Die klassenbewußte Arbeiterschaft sammelt sich am 1. Mai auf dem Krakauer Platz zur geschlossenen wuchtigen

Maidemonstration

Abmarsch um 11 Uhr.

Hindenburg

Kaplan Tomczek auf Tour

Ein Arbeiter schreibt uns: Die Arbeiter, die bei Witwen in Logis und Kost wohnen, wurden durch den Kaplan Tomczek besucht. Dieser Besuch war ein sehr eigenartiger. Dieser „Apostel der Sittlichkeit" versuchte die Arbeiter dahin zu beeinflussen, sich kirchlich trauen zu lassen. Vor allem redet er den Frauen zu. Er wolle die Trauung umsonst vollziehen.

Daraufhin sandten einige Arbeiter diesem Mucker einen Brief, in dem sie ihm mitteilten, daß seine Bemühungen sowieso ins Wasser fallen. Sie verbitten sich solche Ratschläge, weil sie eine freche Zumutung bedeuten. Sie rieten ihm, sich um den Jesuiten zu kümmern, damit er dem armen Mädel die Alimentengelder zahlt. (Siehe den Artikel der „Arbeiter-Zeitung", „Tragödie einer Jesuitenbraut.")

Die Arbeiter, die heute noch der Kirche angehören, sollten diese „Belehrungen" mit dem Kirchenaustritt quittieren. Gerade diese Mucker, die Sittlichkeit predigen, in der Tat das Gegenteil tun, sollten endlich schweigen.

Klassenteilung bei der Kinderspeisung

Eine Arbeiterfrau schreibt uns:

Meine Tochter im Alter von neun Jahren besuchte die Volksschule auf der Blücherstraße. Da mein Mann erwerbslos ist, erhält auch sie das Schulfrühstück. Man schreit und schreibt sehr viel über die überhandnehmende Tuberkulose und Unterernährung der Schulkinder, tut in der Tat nicht das, was beitragen könnte zu deren Milderung bzw. Beseitigung. Aus was besteht so ein Frühstück? Es besteht aus demselben Fraß, den die Erwerbslosen aus der Notstandsküche erhalten. Milch sehen die Kinder nur einmal in der Woche. Ueberall ist es aber nicht so. Da die Blücherschule stark belegt ist, hat man eine Klasse nach dem Mittelschulgebäude verlegt. Es ist die Klasse, die meine Tochter besucht. Dort muß das Kind die Wahrnehmung machen, daß es nur Milch zum Frühstück gibt.

Ich glaube, die bescheidene Anfrage an den Magistrat zu richten, warum die Kinder nicht gleich behandelt werden. Die Schulkinder haben alle Milch sehr notwendig. Wenn Mittel für Bierabende da sind, so erst recht für die kranken Proletarierkinder.

Lehrmädchen zur Landarbeit vermittelt

A. K. Am 11. April wurde meiner Schwester, die 18 Jahre alt ist, 2½ Jahre im Geschäft tätig war, die Stempelkarte abgenommen und sie zur Landarbeit vermittelt. Ein Mädchen, das nie auf dem Lande gearbeitet hat, im Lehrverhältnis steht, wird zur Landarbeit vermittelt. Sollten solche Maßnahmen wirklich nicht Schikanen sein? Da meine Schwester die Arbeit ablehnte, und mit vollem Recht, deshalb ist die Unterstützung für sie gesperrt worden.

Die Großagrarier sollten bloß die Leute, die auf dem Lande wohnen, besser entlohnen und bessere Arbeitsbedingungen für sie schaffen, da hätten sie genügend Arbeitskräfte. Das wollen sie nicht, deshalb sollen Lehrmädchen zur Landarbeit gehen.

Die Kirche verleitet zum Ehebruch

Uns ist ein Fall bekannt geworden, der beweist, daß durch die Schuld der katholischen Kirche der Ehemann seine Frau verlassen habe. Der Ehemann der Frau K. von der Adolfstraße wurde auf die Pfarrei der Annakirche geladen. Dort erklärte man ihm, daß seine Ehe ungültig sei, und zwar deshalb, weil er sich nur standesamtlich habe trauen lassen. Er könne auch von der Frau weggehen, wenn er mit ihr nicht leben wolle, für den Unterhalt habe er aber zu sorgen. Sollte ein Todesfall eintreten, würde der „Diener Gottes" nicht mitgehen. Außerdem sei seine Frau noch protestantisch, und warum er sich eine Andersgläubige zur Frau genommen habe. Luther, der im Kloster war, habe Liebschaften gehabt und mußte darauf aus dem Kloster gehen.

Nach dieser Unterredung auf der Pfarrei schlug der Mann seine Frau, und es währte nicht lange, und er verließ sie. Für den Unterhalt denkt er auch nicht.

Durch die Hetze der katholischen Kirche gegen Andersgläubige und den fanatischen Glauben ist eine Ehe zu Bruche gegangen. Pfui Teufel!

Zeitweise Straßensperrung

Am Sonntag, dem 21. d. M., ist die Kronprinzenstraße im Stadtteil Zaborze in der Zeit von 4 Uhr bis 18 Uhr wegen Umbau der Schmalspurgleise an der O. E. V. gesperrt. Die Umfahrt erfolgt über Zabrzer Straße, Schöneichstraße nach Zaborze-Dorf.

Beuthen

„Machtvolle" Kundgebung des ADGB. und der SPD. in den Räumen des Schützenhauses

Die letzte Ortsausschußsitzung des ADGB.-Kartells beschloß, den 1. Mai in den Räumen des Schützenhauses abzuhalten. Die Zusammensetzung des Kartells ist so, daß der reformistische Einfluß vorherrschend ist. Bei der Beratung des 1. Mai wurde eine wüste Kommunistenhetze entfaltet. Die ollen Kamellen der Einheitsfront mit Stahlhelm und Hakenkreuzlern wurden aufgetischt. Ein sozialdemokratischer Delegierter, von Beruf Ofensetzer, schlug vor, am 1. Mai die Straße zu meiden. Dem Manne kann man es wirklich nicht für übelnehmen, da er ja gewohnt ist, am Ofen zu sitzen. Die klassenbewußte Arbeiterschaft, darüber sollten sich diese verkalkten Elemente klar sein, wird am 1. Mai unter den revolutionären Losungen, hinter den Fahnen der Revolution aufmarschieren. Die Reformisten und ihr kleiner Anhang sollen ihre „machtvolle" Kundgebung in den Räumen des Schützenhauses abhalten. Die Straße gehört der Arbeiterklasse, und falls man sie ihr nehmen sollte, wird sie darum kämpfen.

Die KPD. und der RFB. rufen die werktätigen Schichten auf, am 1. Mai geschlossen und einheitlich auf der Straße zu demonstrieren gegen den drohenden imperialistischen Krieg, für den Schutz der Sowjetunion, gegen die Regierung des Hungers und des Krieges, für die Diktatur des Proletariats, gegen Reformismus und Gewerkschaftsspalter, für die revolutionäre Einheit der Gewerkschaften.

Bobrek-Karf

Frau Derber prügelt ihr Dienstmädchen

Die Arbeitsbedingungen der Hausangestellten sind ja bekanntlich die schlechtesten. Sie sind der Willkür der Arbeitgeber ausgesetzt. Nicht nur, daß sie bis in die Nächte arbeiten, werden sie in sehr vielen Fällen geprügelt. Die Frau Derber, Milchhändlerin und Hausbesitzerin, glaubt auch, mit einem Dienstmädchen alles machen zu können. Das Dienstmädchen soll kochen und auch in dieser Zeit noch Milch austragen. Dadurch kommt es vor, daß das Essen nicht richtig zubereitet ist. Letztens war es so, daß das Fleisch am Topfboden angebraten war. Das veranlaßte Frau Derber, dem Dienstmädchen den Topf auf den Kopf zu werfen. Das Dienstmädchen ist zurzeit arbeitslos und auch ohne jede Unterstützung. Da Frau D. die Versicherungsbeiträge nicht gezahlt hat und das Mädchen auch nicht in die Krankenkasse anmeldete, steht sie ohne Mittel da. Ein Jahr war das Mädchen beschäftigt. Jetzt soll es noch verhungern. Der Vater, ein frommer Katholik, verweigert dem Mädchen auch den Unterhalt.

Das sind nackte Tatsachen, die zeigen, wie das Los der Proletarierinnen in der Tat ist, während die Damchen der Bourgeoisie sich amüsieren nach Herzenslust. So werden Proletariermädchen auf die Straße getrieben, zum Verkaufen ihres Körpers.

Miechowitz

„Auf dem Polizeirevier kein Dienststempel"

Auf Grund einer Berufung auf § 11 des Pressegesetzes bringen wir folgende Berichtigung:

Der unter obiger Ueberschrift in der Nr. 75 der „Arbeiter-Zeitung" vom 30./31. 3. 1929 veröffentlichte Artikel enthält unwahre Angaben. Unwahr ist, daß der Schutzpolizeibeamte Rudolf den Dienststempel mit nach Hause genommen hat. Wahr ist vielmehr, daß der Dienststempel sich während und außerhalb der Dienststunden im Dienstgebäude befindet und daß die Antragsteller außerhalb der Dienststunden, während sich der für den Dienststempel verantwortliche Polizeiobermeister Rudolf auf einem Revisionsgange befand, ihr Gesuch um Beglaubigung stellten.

Freitod eines Erwerbslosen

Der 39jährige erwerbslose Peter Opielka beging am Sonnabendnachmittag 15,30 Uhr Selbstmord. Opielka, der sich ein schweres Leiden im Felde zugezogen hatte, erhängte sich in einem seiner öfter auftretenden Anfälle. Das Motiv dürfte in der großen wirtschaftlichen Not zu suchen sein, zumal O. tags vorher aus der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert wurde. Wieder ein Opfer des von den Sozialdemokraten gepriesenen Erwerbslosenversicherungsgesetzes.

Falkenberg

Wohin fließen die Wegebau-Zuschüsse?

A. K. In jedem Jahre ergeht vom Kreisausschuß an die Gemeinden die Aufforderung, eine Aufstellung über die gehabten Wegebaulasten einzureichen. Daraufhin werden Zuschüsse an die Gemeinden gezahlt. Wir gestatten uns die bescheidene Anfrage, ob die Gemeinde Sabine auch was erhalten hat? Der Weg vom Bahnhof Sabine nach dem Lager 2 ist mit seinen tief ausgefahrenen Gleisen und stellenweise metertiefen Löchern kaum noch zu passieren. Warum wird dieser von Arbeitern zu benutzende Weg nicht instandgesetzt? Werden etwa die Zuschüsse nur für die Autostraßen verwendet?

Für die Arbeiter und Kleinbauernschichten hat man ja nur zu Wahlzeiten ein Interesse. Allerlei Versprechungen erfolgen, nichts von dem wird durchgeführt. Deshalb werden diese Schichten sich nicht mehr betrügen lassen von den schwarzweißrotgoldenen Parteien, sondern werden für die Kommunisten stimmen.

Oppeln

Sozialdemokrat für Blühen und Gedeihen der Reaktion

Vor einigen Tagen hatte das Rote Kreuz, das sich als reaktionäre Samariterorganisation hier sehr wohlfühlt, seine Hauptversammlung. Diese wurde natürlich in üblicher nationalistischer Weise aufgezogen. Reden wurden geschwungen, und nachher ging's im Saufen weiter. Zu diesem Rummel war auch der sozialdemokratische Oberbürgermeister Dr. Berger erschienen. Obwohl die SPD. im Arbeiter-Samariter-Bund (zwar nicht in Oppeln) die Herrschaft hat, und doch mit allen Mitteln für die eigene Organisation einzutreten Pflicht eines jeden Mitgliedes der SPD. sein müßte, hat es der sozialdemokratische Oberbürgermeister für notwendig gefunden, dem reaktionären Roten Kreuz ein Blühen und Gedeihen zu wünschen.

Die größeren „Genossen" im Reichstag stimmen ja auch gegen ihre eigenen Anträge, wenn es sich um Arbeiter handelt. Warum soll da nicht Herr Berger für die Reaktion und gegen die Arbeiter eintreten. Na, die Arbeiter werden schon alles richtig zu würdigen wissen.

Zementbarone schlucken 15 Prozent Dividende und täuschen Arbeiterfreundlichkeit vor

Die bürgerliche Presse brachte in diesen Tagen einen Geschäftsbericht für 1928 der Portlandzementfabrik „Stadt Oppeln". In großen Lettern verkündet sie dabei, daß der Betrieb für seine Arbeiter, die über zehn Jahre im Betrieb waren und 65 Jahre alt werden, eine Altersrente eingerichtet hat. Natürlich geschieht das unter Hinweis auf die „friedlichen" Werksvereine und soll Beweis sein, daß die Unternehmer eigentlich gute Kerle sind und den Arbeitern freiwillig bessere Lebensbedingungen gewähren.

Was ist das nun, was den Zementarbeitern als so große Tat unterbreitet wird? Nichts! Das ganze Jahr über mußten und müssen noch die Proleten bei 12stündiger Arbeitszeit für einen Hungerlohn arbeiten. Dafür können die Aktionäre eine Dividende von 15 Prozent einstecken. Diese Altersrente wird wohl von den Zementproleten selten einer erhalten. Auch hier wird in der nächsten Zeit weiter rationalisiert. Ohne Rücksicht wird ein Teil der Arbeiter wieder auf die Straße fliegen. Rente, die können sich die Proleten sonst wo holen. Zwei Fliegen beabsichtigen die Zementbarone zu schlagen. Die erste war die, die Proleten durch Vertröstung auf das Alter als willige und billige Arbeitstiere zu halten. Die zweite ist die, durch dieses Manöver Rechtfertigungen für den weiteren Abbau des staatlichen Sozialetats zu schaffen.

Zementarbeiter, laßt euch keinen Sand in die Augen streuen. Zerschlagt die „friedlichen Vereine" und erkämpft euch bessere Lebensbedingungen und ein wirklich sorgenfreies Alter durch den Sturz dieser Gesellschaft!

Achtung! Klein- und Sozialrentner!

Die Zahlung der Kleinrentnerunterstützung findet am Montag, dem 29. April 1929, die Zahlung der Zuschüsse an Sozialrentner am Dienstag, dem 30. April 1929, vormittags von 9—12,30 Uhr in der Zahlstelle des städtischen Wohlfahrtsamtes, Malapanerstraße, Baracken, statt. Es wird um pünktlichste Einhaltung des Zahlungstermins ersucht.

Handballwettspiele Kreuzburg — Oppeln 1:5 (1:1)

Am Sonntagvormittag stieg auf dem städtischen Platz an der Bogtstraße ein interessantes Spiel zwischen der Freien Turnerschaft Oppeln und dem Arbeiterturnverein Vorwärts-Kreuzburg. Oppeln trat mit Ersatz an. In der ersten Halbzeit machte sich eine leichte Ueberlegenheit der Kreuzburger Mannschaft bemerkbar. In der zweiten Halbzeit war Oppeln tonangebend und konnte im Laufe des Spiels noch vier Bälle in das Kreuzburger Tor werfen. Einige Zuschauer des Spaltvereins Vorwärts zeichneten sich während des Spiels durch gehässige Bemerkungen aus, konnten der Sache aber keinen Abbruch tun. Die Freie Turnerschaft Oppeln macht die arbeitende Bevölkerung auf ihr Spiel gegen Neustadt am 28. April aufmerksam. Zeit und Platz werden noch durch die „Arbeiter-Zeitung" bekanntgegeben.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater

Von Sonnabend, den 20. 4. bis Freitag, den 26. 4. täglich 20.15 Uhr
Rivalen
Amerikan. Schauspiel von Anderson u. Stallings; frei bearbeitet von Carl Zuckmayer
Sonnabend, 27. 4., 20.15 Uhr
Zum ersten Male!
Das Grabmal des unbekannten Soldaten
von Paul Rannal
Sonntag, 21. 4., 15.30 Uhr
Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?

Thalia-Theater

Sonnabend, den 20. 4. und Sonntag, 21. 4., 20.15 Uhr
Ensemble-Gastspiel des „Kleinen Theaters", Berlin
Der Dickkopf
Lustspiel
von Friedmann-Frederich
Von Montag, den 22. 4. bis Freitag, den 26. 4. täglich 20.15 Uhr:
Dreimal Hochzeit
Sonnabend, 27. 4., 20.15 Uhr
Rivalen
Sonntag, 21. 4., 15.30 Uhr
Dreimal Hochzeit

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 17
Der fliegende Holländer
Sonnabend, 19.30 Uhr
Margarete
Sonntag, 15 Uhr
Einmalige Nachmittags-Aufführung zu ermäßigten Preisen (Gr. 2)
Carmen
Sonntag, 20 Uhr
In vollständiger Neuinszenierung
Fra Diavolo

Schuh-

waren
kaufen Sie gut und
preiswert
bei
J. Koschany
Liegnitz
Haynauer Straße 8

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd.	0.90—1.20
Schweinsschnitzel	„	1.50
Schweins-Kotelett	„	1.40
Rindfleisch o. Knoch.	Pfd.	1.10—1.30
Suppenfleisch	„	0.80—1.00
Kalbfleisch m. Knoch.	„	1.10—1.30
Kalbfleisch o. Knoch.	„	1.30—1.60
Räucherfleisch	„	1.40
Pökelfleisch	„	1.20—1.30
Frische Schweinsköpfe	Pfd.	0.40
Frischer Speck (deutsch)		1.10
Ausgebr. Schweinefett (deutsch)	„	1.00
Gulaschfleisch	Pfd.	von 0.80 an
Gehacktes	„	von 0.70 an
Lungenfett	„	0.85
Gepökelte Eisbeine	„	1.00
Räucherspeck (deutsch)	Pfd.	1.20
Gekochter Schinken	¼ „	0.60
Roher Schinken	¼ Pfd.	0.60
Lachsschinken	¼ Pfd.	0.65
Preßkopf, Mortadella	¼ „	0.30
Mettwurst	¼ „	0.30
Braunschweiger	¼ Pfd.	0.30—0.40
Leberwurst	¼ Pfd.	0.15—0.40
Preßwurst	„ „	0.15—0.30
Polnische	Pfd.	0.80—1.00
Knoblauchwurst	Pfd.	0.60—0.80
Feinster Aufschnitt	¼ Pfd.	0.45
Geräuchert. Bratwurst	Paar	0.20—0.30

sowie alle anderen **Fleisch- u. Wurstwaren** zu billigsten Preisen empfiehlt

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. 25 669

Max Schönfelders

auffallend billiges
Ausnahme-Angebot
in
Rauch-, Fischwaren, Oelsardinen usw.

Massen-Zufuhr von
Echten Kieler Bücklingen
das Pfund nur 40 Pfg.
Kiste mit zirka 5 Pfund Mk. 1.85
Riesenposten Speckflundern
das Pfd. nur 55 Pfg., 3 Pfd. Mk. 1.60
Lachsschnitzel, erste Qualität, nicht Seelachs
dasselbe Fleisch wie Scheibenlachs
¼ Pfd. Mk. 0.45, ½ Pfd. Mk. 0.85
1 Pfd. Mk. 1.70
Sardinen in Oel, auch ausgeeinzelt
Marke „Leonie"
3 Stück 20 Pfg., 5 Stück 30 Pfg.,
10 Stück 55 Pfg.
Für Restaurateure, Großverbraucher:
die 1000-Gramm-Dose,
zirka 48 Stück Inhalt Mk. 2.70
3 Dosen Mk. 7.90, 5 Dosen Mk. 12.95
10 Dosen Mk. 25.50
Reklame-Verkauf
Ich bringe in diesen Tagen wieder:
Ia gekochten Schinken
das ¼ Pfund zu nur 60 Pfg.
zum Verkauf.
Der angezeigte billige Verkauf in
Delikateß-Kranzeigen
das Pfd. 30 Pfg., 5 Pfd. Mk. 1.40,
10 Pfd. Mk. 2.70
wird, solange Vorrat reicht, fortgesetzt.
Max Schönfelder
Kaffee-Rösterei / Tee-Import
Waren-Versandhaus und Wein-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300

Freitag, den 19. April, 20 Uhr
Zu volkstümlichen Preisen
Die Herzogin von Chicago
Sonnabend, den 20. April, 20 Uhr
Zum ersten Male!
Die gold'ne Meisterin
Musik von Edmund Eysler
(Parkett 3.— Mk. usw.)
Sonntag, 21. April, 15.30 (nachm. 3½) Uhr
Zu volkstümlichen Preisen
Drei arme kleine Mädels
Sonntag und täglich 20 Uhr
Die gold'ne Meisterin

Sie verdienen täglich
10 Mark
mit Schnürsenkel
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter Roßhaar, Garn, Knöpfe Kernseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Barth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oderstr. 17
Weißgerbergasse 43

Achtung! Neu!
Geschäfts-Eröffnung!
Dem geehrten Publikum von Görlitz u. Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir auch in Görlitz, Bautzener Straße 58, ein nach amerikanischem Teilzahlungssystem eröffnet haben. — Sie erhalten Herren- u. Damenkarderobe, Stickwaren, Wäsche, Tapisserie und Kleinmöbel zu mäßigen Preisen und bequemen Ratenzahlungen. Beschließung ohne Kaufzwang erbeten
Gebrüder Metzker, Berlin
Filiale Görlitz :: Bautzener Straße Nr. 58

Franz Potstada Hirschberg Äußere Burgstr. 3
Rind-Fleisch- und Wurstwaren

Wir schliessen

am Sonnabend, den 20. April, abends 7 Uhr unsere gesamten Geschäftsräume zwecks Übergabe an die Leonhard Tietz A.-G., Köln. Nach vollständiger Reorganisation wird das Haus in einigen Tagen wieder eröffnet. Wir danken den Freunden unseres Hauses bei dieser Gelegenheit für das uns bisher bewiesene Vertrauen und bitten Sie, mit Ihren Einkäufen bis zur Wiedereröffnung freundlichst warten zu wollen.

Lindemann u. Co

Breslau Ohlauerstr. 71/73

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft man bei
Helene Reimann
Schweidnitz, Vorwerkstr. 24

Reserviert!
Schweidnitz Nr. 12

Kolonialwaren u. Lebensmittel
kauft nur bei
Klara Lison
Schweidnitz, Langstr. 23

Spottbillig

Restposten **Mäntel**
entzückende **Tanzkleider**
Woll- und Velourskleiderwaren
Trikots zur Wäsche u. v. a.
Modehaus Landsberger
Schweidnitz
Innerer Ring 2, neben Rathauskeller

Billige Konserven

Junge Erbsen	2-Pfund-Dose	0.62
Mittelfeine Erbsen	2-Pfund-Dose	1.00
Mittelfeine Erbsen mit geschnittenen Karotten	2-Pfund-Dose	0.85
Erbsen mit Karotten (getrocknete grüne Erbsen und frische Karotten)	2-Pfund-Dose	0.72
Gemischtes Gemüse (getrocknete grüne Erbsen, Morcheln, frische Karotten, Spargel)	2-Pfund-Dose	0.80
Karotten geschnitten	2-Pfund-Dose	0.55
Junge Schnittbohnen	2-Pfund-Dose	0.80
Junger Spinat	2-Pfund-Dose	0.65
Junger Kohlrabi	2-Pfund-Dose	0.75
Pfifferlinge	2-Pfund-Dose	2.—
Apfelmus	2-Pfund-Dose	0.75
Rote Kirschen	2-Pfund-Dose	1.65
Blaue Pflaumen	2-Pfund-Dose	0.75

Feinfrucht-Marmeladen

	Eimer 1	2½	5	12½ kg
Vierfrucht	0.90	2.35	4.25	9.75
Dreifrucht	1.10	2.55	4.90	11.40
Erdbeer/Apfel	1.50	3.60	6.80	16.00
Pflaumen/Apfel	0.92	—	—	—

Otto Stiebler
Breslau, Zwingerplatz 5 und 31 Filialen

Schokoladen aller Art

Spezialität: Trumpf-Schokolade
liefert
Alois Henschel & Co.
Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6

Rind- u. Schweinschlächterei
Ernst Heide
Breslau, Markthalle Ritterplatz
Stand 27/28

Schaefer-Einreibung
berühmt und bewährt bei Rheumatismus und Nervenschmerz, wird nach einem alten Original-Rezept in meinem Laboratorium hergestellt in Flaschen zu 0.50, 0.90, 1.30 M. Helen.-Apoth. Münsterberg Schles., Ring 17 Ecke Bahnhofstr.

GEBEN SIE UNS

den Auftrag zur Lieferung Ihrer Briefbogen und Rechnungen, Preislisten, Prospekte, Programme, Eintrittskarten, Kataloge, Zeitschriften, Zeitungsbeilagen in Rotationsdruck usw. Sie werden zufrieden sein

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Ges., Berlin
FILIALE BRESLAU 10
Trebnitzer Straße Nr. 50
Fernsprecher 28837

Beglaubigte Abschrift
(22) 10. J. M. 45/29 (64/29).

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache gegen den Buchhalter Georg Paris, Hindenburg OS., geboren am 30. 8. 1901 ebenda, wegen: Beleidigung durch die Presse hat das Schöffengericht in Breslau in der Sitzung vom 28. März 1929 für Recht erkannt.

Der Angeklagte wird wegen Vergehens gegen die §§ 185, 186, 200 StGB. § 20 des Pressegesetzes zu einer Geldstrafe von 150.— RM., einhundertfünfzig Reichsmark, ersatzweise zu 15 — fünfzehn — Tagen Gefängnis, kostenpflichtig verurteilt.

Sämtliche Exemplare des Oberschles. Teiles der „Arbeiter-Zeitung" Nr. 305 des 10. Jahrganges vom 31. 12. 1928 sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen sind unbrauchbar zu machen.

gez. Winter gez. Stallmach